

Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung  
Jahrestagung  
am 05. Dezember 2000 in Bad Hamm

Protokoll  
der  
Reden  
und  
Aussprachen

## ***Inhaltsverzeichnis***

Vorwort .....	3
Rede Frau Ministerin Behler .....	5
Aussprache zur Rede von Frau Ministerin Behler .....	34
RESOLUTION .....	44
Rede OStD Martin Fischer.....	45
Aussprache zur Rede von OStD Martin Fischer .....	54
Handout.....	60
Formalia.....	63

## **Vorwort**

*Wenn wünschen noch  
etwas hilft....!?*

Wäre dieses Protokoll ein Roman, dann könnten optimistische Leserinnen und Leser meinen, es habe ein Happy End.

Zwischen der Jahrestagung der Westfälischen Direktorenvereinigung im Dezember 2000 und dem Zeitpunkt, an dem die Kolleginnen und Kollegen dieses Heft in Händen halten, lag Weihnachten - und das vielleicht sogar in doppelter Hinsicht. Unsere Sorge galt bis zur Mitgliederversammlung und in den Wochen danach vor allem der sich abzeichnenden „2. Bildungskatastrophe“ (keine Lehrer mehr auf dem Arbeitsmarkt), die von der Bundesvereinigung der gymnasialen Schulleiterinnen und Schulleiter (BDK) für nahezu alle Bundesländer befürchtet wurde und die wir als konkrete Schreckensperspektive für Nordrhein-Westfalen annehmen mussten. Und deshalb stand - nicht nur für Weihnachten - die Bitte um Lehrer, Lehrer und nochmals Lehrer auf unseren Wunschzetteln. Seit dem Frühjahr sahen wir zwar noch nicht alle Wünsche erfüllt und konnten nur vorsichtig Entwarnung geben, blicken seitdem aber doch mit mehr berechtigter Hoffnung in die bildungspolitische Zukunft.

Die Hoffnung richtet sich vor allem darauf, dass der von Frau Ministerin Behler gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister unternommene Kraftakt bezüglich der Verbesserung der Personalsituation in unserem Land bald seine positive Wirkung auf die Unterrichtsversorgung an den Gymnasien in Nordrhein-Westfalen entfalten wird.

Ein Problem allerdings können auch derartige Kraftakte nicht aus der Welt schaffen: wo gibt es jetzt und in naher Zukunft die Lehrerinnen und Lehrer, die für die neu zu schaffenden Stellen zur Verfügung stehen werden?

Während 1999 die Jahrestagung ein halbes Jahr vor den Wahlen stattfand, war sie 2000 ein halbes Jahr nach den Wahlen terminiert, und deshalb ergab sich für uns die Möglichkeit, von Ministerin Behler über die bildungspolitischen Vorhaben der vor uns liegenden Legislaturperiode informiert zu werden.

Die Hauptaufgabe der Schulpolitik wird sicher weiterhin in der Verminderung des fachspezifischen Lehrermangels liegen - eine Aufgabe, deren Bewältigung kaum in der Requirierung von allein fachwissenschaftlich ausgebildeten Universitätsabsolventen liegen kann. So sehr die endlich wieder zunehmende Wertschätzung wissenschaftlicher Qualifikation für den schulischen Bereich zu begrüßen ist, so wenig kann die Vernachlässigung der Professionalisierung des Lehrerberufes akzeptiert werden, denn gerade diese Professionalisierung vermag dem Ansehensverlust der Pädagogen in der Öffentlichkeit entgegenzuwirken. Zu fragen ist auch, ob die angestrebte Qualitätsentwicklung und -sicherung an den Schulen unseres Landes - von der Ministerin mit höchster Priorität versehen - ohne die gleichzeitige Förderung und Forderung von wissenschaftlicher und pädagogischer Professionalität zu erreichen ist.

An dieser Stelle möchte ich kurz darauf verweisen, dass dieses Problem bereits früher in Verfügungen der Provincial-Schulcollegien und sogar von allerhöchster Stelle erkannt worden war. In einer königlichen Verfügung vom Februar 1847 heisst es: „[Ich habe mich] doch dringend veranlasst gefunden, den Prov. Schulcoll. in Erinnerung zu bringen, dass neben der wissenschaftl. Befähigung der Lehrer besonders in unserer Zeit die pädagogische Tüchtigkeit derselben die größte Aufmerksamkeit erfordert, um durch deren entschiedenen Einfluss die nachteiligen Einwirkungen, welchen die Schüler häufig außerhalb der Schule ausgesetzt [!] sind, durch ein stärkeres Gegengewicht innerhalb derselben zu schwächen, wenn nicht völlig aufzuheben.“

Zugegeben, wir würden heute etwas anders formulieren und sicherlich auch andere nachteilige Einflüsse bedenken müssen, aber das Problem selbst ist durchaus aktuell und harrt der Bewältigung.

Ob auch hier das Wünschen etwas helfen könnte?!

Luise Berg-Ehlers

Ich freue mich, dass ich Gelegenheit habe, heute, und das ist ja immer noch relativ am Anfang der Legislaturperiode, Einiges zu dem zu entwickeln und zu entfalten, was aus meiner Sicht in den nächsten Jahren auf uns zukommt.

Mit dem Thema meines Vortrages haben Sie mir ja eine Frage von fast Blochscher Dimension gestellt. Das Prinzip Hoffnung verweist bei Bloch auf die Möglichkeit, bewusst gestaltend auf die Entwicklung der Gesellschaft Einfluss zu nehmen. Und dies ist eine eminent politische Aufgabe, die mit Perspektive, aber auch mit Pragmatismus angegangen werden muss. Und in diesem Sinne will ich mich auch für die Landesregierung dieser Aufgabe gerne stellen.

Ich will also auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung und der Regierungserklärung etwas sagen zu den bildungspolitischen Zielperspektiven, zu den wesentlichen Maßnahmen, die die Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen in den nächsten 5 Jahren im Allgemeinen und das Gymnasium dann im Besonderen betreffen sollen.

Ich fange mit ein paar Stichworten zu Zielvorstellungen an. Die meisten von Ihnen, glaube ich, haben mich auch schon mal erlebt. Sie wissen, dass ich im Zweifelsfalle auch sehr lange über verschiedene Aspekte reden kann. Das Feld ist ja auch differenziert genug.

Erlauben Sie mir doch sehr allgemein auf ein paar der Rahmenbedingungen einzugehen, die Ihnen in Ihrer Berufsrolle, mir in meiner, das Leben z.T. erleichtern, z.T. erschweren. Die Aufmerksamkeit für Bildungspolitik und das Bildungssystem insgesamt ist ja deutlich gestiegen. Bildungspolitik ist in vielen Bereichen herausgekommen aus einer Nischendiskussion oder aus einer Diskussion von nur Expertinnen und Experten. Und das ist durchaus auch ein positiver Trend.

Auf der anderen Seite bedeutet das gleichzeitig, dass die Erwartungen, die artikuliert werden, immer stärker werden und immer mehr wachsen. Daher gibt es auch einen sehr hohen Innovationsdruck auf das System insgesamt; und dieser Innovationsdruck wird von den Schulen auch nachvollziehbarerweise häufig als Last empfunden. Ich will mich bemühen, dabei jeweils auch verträgliche Lösungen zu finden zwischen dem Druck, den es z.T. zu Recht aber auch zu Unrecht gibt.

Von unterschiedlichen Gruppen werden sehr hohe Erwartungen artikuliert. Von der Elternschaft natürlich, aber auch von den sogenannten Abnehmern des Systems.

Es gilt also, Lösungen zu finden zwischen Innovationsdruck, Veränderungsdruck und Leistungsdruck auf der einen Seite und dem, was dann praktisch machbar ist, auf der anderen Seite. Und dabei gilt es auch, tatsächlich den richtigen Grat zu finden, auf dem man wandeln kann.

Wenn man verträgliche Lösungen finden will, dann geht das nur, wenn die Schulleiterinnen und Schulleiter das insgesamt tragen. Und mir geht es als erste Botschaft heute Vormittag darum, dass wir die Leitvorstellungen für die Bildungspolitik, die ich in der letzten Legislaturpe-

## **Rede Frau Ministerin Behler**

*Eine pragmatische  
Perspektive*

*Mehr Interesse am  
Bildungsbereich = mehr  
Druck*

*Es geht um verträgliche  
Lösungen*

*Qualität und Leistung*

riode entwickelt habe, verstetigen wollen. Es geht jetzt nicht darum, irgendetwas völlig anders und völlig neu zu machen.

Zu diesen Leitvorstellungen gehören Qualität und Leistung. Qualität bedeutet aber, wenn wir sie praktisch machen wollen, didaktische Modernisierung. Ich nenne in diesem Zusammenhang vernetztes Lernen und auch bilinguales Lernen.

Aber Qualität bedeutet auch die Weiterentwicklung von Strukturen von Bildungsgängen. Ich komme darauf und auch auf Fragen der Bindung in der Oberstufe und der Versetzungsordnung gleich noch detaillierter zurück.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Umsetzung der Erkenntnis, dass Schule auch einen erzieherischen Raum darstellt und Lernerfolg ganz wesentlich etwas mit einem erzieherischen Grundkonsens an der jeweiligen Schule zu tun hat.

Daher gehört ganz selbstverständlich die Weiterentwicklung der begonnenen Maßnahme zur schulinternen Qualitätssicherung dazu. Vergleichsarbeiten und schulaufsichtliche Evaluationen halte ich beide für notwendig. Und natürlich auch die Fortsetzung der Vergleichsuntersuchungen in der Nachfolge von TIMSS, der wir uns stellen müssen und wollen.

*Leistung meint Fördern und Fordern*

Leistung bedeutet aus meiner Sicht, hier wende ich mich gegen eine manchmal öffentlich so populäre Verengung des Begriffs, Leistung bedeutet fördern und fordern. Das sind zwei Seiten einer Medaille aus meiner Sicht. Und wir werden sicher auch neue Akzente in der weiteren Entwicklung setzen, die sich dann bei den Strukturen der Bildungsgänge unter den Stichworten Schulzeitverkürzung oder Begabtenförderung in einzelnen und besonderen Angeboten auf diesem Feld noch mal wiederfinden.

*Selbstverantwortung stärken und fordern*

Des weiteren will ich unter den Leitvorstellungen die Selbstverantwortung der einzelnen Institutionen und des Einzelnen nennen. Selbstverantwortung heißt in der inhaltlichen Füllung nicht Verzicht auf staatliche Vorgaben und staatliche Steuerung. Hinter dem Ziel einer erhöhten Selbstständigkeit der einzelnen Schule steht nicht die Verabschiedung des Staates aus seiner Verantwortung, sondern die Vorstellung einer neuen Rolle des Staates bei der Steuerung des Bildungssystems insgesamt. Es geht um eine neue Form, diese Verantwortung wahrzunehmen, und um Verfahren der Qualitätssicherung, der Rechenschaft nach innen.

Auch die Rechenschaftslegung nach außen im Schulprogramm und dem darin festgehaltenen Erziehungskonsens gehören mit in diesen Kontext.

*Weiterentwicklung fachlichen Lernens*

Innovation und Chancengleichheit will ich ebenfalls als Begriffspaar noch aufrufen. Dazu gehört für mich die Weiterentwicklung des fachlichen Lernens und in der Folge von TIMSS gerade auch das Lernen von und in Kontexten und das Lernen im Hinblick auf Anwendungsorientierung, gerade im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich.

Auch hier spielen die neuen Strukturen im Rahmen z.B. 12-jähriger Bildungsgänge, die ich eben schon angesprochen habe, eine Rolle. Aber ich kann und will diese Entwicklung nicht diskutieren, ohne gleichzeitig das Stichwort der Chancengleichheit zu unterstreichen. Mir geht es um die Sicherung der Abschlüsse auch für langsamer Lernende, insoweit um eine Individualisierung von Lernzeit in dieser Gesellschaft. Und für mich geht es natürlich auch - hier nur schlagwortartig angerissen - um Lernmöglichkeiten für Kinder aus Familien mit migrantem Hintergrund. Das wird eine große gesellschaftspolitische Aufgabe der nächsten Jahre werden. Und die Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen ist dann Voraussetzung für die Umsetzung solcher Forderungen und Leitvorstellungen.

*Chancengleichheit durch unterschiedliche Wege*

Die Landesregierung insgesamt folgt keinem eingegengten Qualitätsbegriff. Qualität ist nicht nur das, was wir messen können. Soziale Kompetenzen gehören dazu. Persönlichkeitsentwicklung zu stützen und zu stabilisieren bleibt wichtige Aufgabe. Zu einigen wichtigen Punkten will ich noch konkreter werden. Als ersten Block greife ich Unterrichtsversorgung und Lehrerausbildung heraus.

*Qualität und Entwicklung sozialer Kompetenzen gehören zusammen*

Sie haben es eben angesprochen, Frau Berg-Ehlers. Die Unterrichtsversorgung ist im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung prononciert und konkret angesprochen worden. Wir haben ja in dieser Legislatur erneut steigende Schülerzahlen, mit dem Höhepunkt 2004. Danach geht es leicht zurück. Es gibt dann noch mal einen Aufwärtstrend im Jahr 2007, und dann fällt die Schülerzahl drastisch.

*Unterrichtsversorgung und Lehrerausbildung*

Steigende Schülerzahlen setzen uns unter den Bedingungen der öffentlichen Haushalte unter einen enormen Druck. Wir haben gesagt, wir bleiben dabei, dass die freiwerdenden Lehrerstellen wieder besetzt werden. Wir wollen auch zusätzliche Spielräume in der Stellenbewirtschaftung schaffen. Wir sprechen im Augenblick mit den Lehrerverbänden und den Lehrerorganisationen, wie über das gesamte Paket, auch über das Instrument der Vorgriffsstunden. Es soll auf diejenigen übertragen werden, die bisher davon nicht betroffen waren.

*Vorgriffsstunden und Vorgriffseinstellungen*

D.h., die Kolleginnen und Kollegen im Alter zwischen 30 und 49 sollen denselben Bedingungen unterstellt werden, wie die anderen vorher. Natürlich auch mit denselben Zusagen, was die Rückgabe dieser Stunden angeht.

Und es geht um Vorgriffseinstellungen, um den wachsenden Schülerzahlen begegnen zu können. Neue Angebote, die wir vorhaben, werden zusätzlich in der Unterrichtsversorgung abgesichert und nicht aus dem Bestand geschnitten. Das steht wörtlich in der Regierungserklärung. Auf dieser Grundlage wollen wir zunächst einmal die Unterrichtsversorgung sichern.

Die 2.000 zusätzlichen Stellen, die wir zum 1. Februar eingerichtet haben, werden fortgeschrieben, unterjährige Einstellungen sind generell möglich. Wir haben einen verdoppelten Ansatz für Geld statt Stellen auf 2.000.000,00 DM, der auch weiterhin in dieser Höhe verbleiben wird.

Neue Angebote der Grundschule im Fach Englisch und die Neueinführung von praktischer Philosophie können nicht stellenneutral eingeführt werden. Das werden wir auch nicht tun. Dafür wird es zusätzliche Stellen geben müssen.

Wir sind bei der Einführung von Englisch in der Grundschule in der Planung ab 2003, bei praktischer Philosophie steht im nächsten Jahr der Endbericht an, so dass wir dann an die Umsetzung gehen können.

#### *Fachspezifischer Lehrermangel*

Jetzt komme ich aber zu dem im Augenblick sehr brennenden Problem des fachspezifischen Lehrermangels. Es nützt ja nichts, wenn man Stellen vorhält und dann die Leute nicht hat, die man auf die Stellen setzen kann oder denen man einen Vertrag anbieten kann. Das ist ein Problem, das in dieser Größenordnung für alle Beteiligten überraschend auftritt. Das habe ich auch der Erklärung entnommen, die die Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren veröffentlicht hat. Ich habe seit 1995 in jeder Schuljahrespressekonferenz dafür geworben, bestimmte berufliche Fachrichtungen zu studieren, weil wir schon seit 1995 im Berufskolleg nicht alle Stellen besetzen können. Wir hatten nicht die geeigneten Bewerber in bestimmten Bereichen. Und ich habe regelmäßig dafür geworben, vor allen Dingen im mathematischen-naturwissenschaftlichen Bereich zu studieren.

#### *Ursachenforschung*

Aber das Studieverhalten junger Leute richtet sich nicht unbedingt nach Pressekonferenzen einer Schulministerin. Das, was man im Augenblick als besonderen Bedarf wahrnimmt, ist in der Regel ja zyklisch ausgerichtet und auch von zyklischen Entwicklungen in der Studienwahl beeinflusst.

Man hat das bei der Entwicklung der Bewerbungen für das Grundschullehramt ganz deutlich gesehen. Auch zu den Zeiten, als schon mein Vorgänger vor dem Grundschullehrerstudium gewarnt hat, sind viele dorthin geströmt und fanden anschließend keine Beschäftigung. Obwohl seit Anfang der 90er Jahre klar war, dass dort der Bedarf zurückgehen würde. Der fachspezifische Mangel in Mathematik, Informatik, Musik, Physik, Technik war seit einigen Jahren erkennbar.

Wir stellen darüber hinaus fest, dass wir in einem Fach wie Englisch auch deshalb jetzt Probleme haben, weil die Studienanfängerzahlen von vor einigen Jahren sich drastisch unterscheiden von der Zahl derjenigen, die überhaupt mit einem Examen die Hochschule verlassen. Dabei rechnen wir die normalen Studienabbrecherquoten immer schon raus.

Bei den Naturwissenschaften haben wir insgesamt Nachwuchsmangel. Wir haben in diesem Jahr erstmalig die Situation, dass die Zahl der Promotionen die Zahl der Vordiplome in der Physik übersteigt. Und was das heißt, nicht nur für die schulische Ausbildung, sondern auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs, das brauche ich, glaube ich, nicht auszuführen.

#### *Maßnahmen z.B. Abwanderung verhindern*

Wir haben dabei jetzt unterschiedliche Diskussionsstränge, die die schulische Wirklichkeit bestimmen, die die mediale Darstellung bestimm-



men usw.. Wir sind zu einer Reihe von Maßnahmen, die auch kurzfristig greifen sollten, mit den Lehrerverbänden im Gespräch.

Wir sprechen zum einen darüber, dass wir zum 01. Februar jetzt rund 2.200 Stellen ausschreiben, die unmittelbar zur Besetzung in den gesuchten Fächerkombinationen nutzbar gemacht werden sollen und können. Wir wollen auf diese Weise, das sage ich auch ganz taktisch denjenigen ein festes Einstellungsangebot machen, die am 31. Januar ihre Referendarzeit beenden. Wir wollen ja nicht, dass sie in andere Länder abwandern.

Der 2. Punkt. Wir werden auch bei den Einstellungen wiederum Einstellungen auf A13 vorsehen, immer dann, wenn es Kombinationen von Mangelfächern gibt. Bei den anderen A13 Stellen wollen wir einen Teil auch weiterhin für Laufbahnwechsler vorhalten. Auch das ist ja ein Problem, das es gibt und auf das wir eine Antwort brauchen.

Das Dritte in diesem Zusammenhang. Wir werden natürlich auch Nachqualifizierungsmaßnahmen entwickeln und vorbereiten für Leute, die Überhangfächer unterrichten oder mit Überhangfächern in die Schulen wollen und bereit sind, in ein anderes Fach einzusteigen.

Ich halte es auch für richtig, den in Nordrhein-Westfalen ausgebildeten Grundschullehrerinnen und -lehrern ein Einstellungsangebot zu machen, um sie dann anschließend in den Klassen 5 und 6 zu beschäftigen. Sie haben alle Mathematik studiert.

Mir ist nicht nachvollziehbar, warum das schlechter sein soll als fachfremder Unterricht oder warum das schlechter sein soll als die Beschäftigung von Personen mit fachlichen Kenntnissen ohne Lehrerausbildung. Dafür wird nicht jeder und jede geeignet sein, das ist völlig klar. Aber im Prinzip gibt es auch in diesem Kreis Personen, die wir sehr wohl in den Eingangsklassen für Mathematik einsetzen können. Das schafft ja dann wieder Erleichterung bei der Unterrichtsverteilung in anderen Jahrgangsstufen.

Dann wollen wir auch den Schuldienst, das gab es ja früher auch schon mal, für Absolventen anderer Ausbildungen öffnen, also die Dipl.-Chemiker oder die Dipl.-Physiker, begleitet mit entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen. All dieses werden wir auch tun müssen, weil die Zahl der Studierenden absehbar zu gering ist, wenn man über einen mittleren Zeitraum blickt.

Und das ist kein spezifisch nordrhein-westfälisches Problem; es stellt sich in nahezu gleichem Ausmaß in allen Ländern so dar. Es ist ein Problem der ganzen Republik. Deshalb werden wir auch in der Kultusministerkonferenz darüber sprechen.

Die Neuregelung der Lehrerarbeitszeit ist in diesem Zusammenhang natürlich auch von Bedeutung. Dazu arbeiten zur Zeit zwischen dem Ministerium und den Lehrerverbänden Arbeitsgruppen. Eventuell läuft es auf die Erprobung neuer Modelle hinaus. Aber in diesem Kontext bin ich vorsichtig mit irgendwelchen Prognosen.

*Einstellung auf A13*

*Nachqualifizierungsmaßnahmen*

*Einsatz von Grundschullehrern*

*Dipl. Chem. und Dipl. Phys.*

*Neuregelung der Lehrerarbeitszeit*

*Reform der  
Lehrerausbildung  
und der OVP*

Ich will die Reform der Lehrerausbildung ansprechen. Auch die hat etwas mit dem mittelbar vorher angesprochenen Thema zu tun. Im Zentrum wird die Reform der ersten Phase stehen. Lehrerausbildung, das ist, glaube ich, allgemeiner Konsens, muss neu auf die Praxis in den Schulen ausgerichtet werden, auch auf den Wandel in den Anforderungen insgesamt.

Wir wollen das Lehrerausbildungsgesetz novellieren, eine neue Lehramtsprüfungsordnung erarbeiten und die OVP evaluieren. Auch dazu gibt es eine Arbeitsgruppe, in der die Lehrerverbände mit vertreten sind. Bei der Evaluation der OVP wird mir auch aus ihren Reihen vortragen, vor allen Dingen die Zweckmäßigkeit der ausbildungsbegleitenden Prüfungen zu überprüfen. Sie macht ja offensichtlich im schulischen Alltag und in seiner Organisation erhebliche Probleme.

*Neuorganisation des  
bedarfsdeckenden  
Unterrichts*

Und wir werden natürlich auch noch mal überprüfen, zu welchem Zeitpunkt und mit welchem Umfang bedarfsdeckender Unterricht erteilt wird. Um es deutlich zu sagen, nicht der bedarfsdeckende Unterricht als solcher steht zur Disposition, aber gegebenenfalls eine andere Organisation oder eine andere Verteilung über die Dauer der Referendarzeit. Das werden wir sorgfältig besprechen. Ich bin weiterhin, und das sagen auch die Rückmeldungen, die ich bekomme, ich bin weiterhin davon überzeugt, dass der bedarfsdeckende Unterricht innerhalb der Lehrerausbildung im Prinzip ein richtiges Instrument ist.

*Auswirkungen der  
Empfehlungen des  
Expertenrates*

Wir werden natürlich Lehrerausbildung noch mal aus einem ganz anderen Blickwinkel heraus diskutieren müssen. Ende Januar wird mit größter Wahrscheinlichkeit der Expertenrat, der die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen evaluiert, seine Empfehlungen vorlegen. Er wird auch Empfehlungen zur Lehrerausbildung, zu Standorten für die Lehrerausbildung und zur Struktur der Lehrerausbildung machen.

Ich habe den Vorsitzenden, Prof. Erichsen, ausdrücklich ermutigt, sich auch über gewohnte Denkmuster hinaus zu bewegen und Vorschläge zu machen, die wir dann diskutieren wollen. Wir sind ja bei der Lehrerausbildung immer in dem Dilemma, dass wir auf der einen Seite einen Konsens haben darüber, dass sie stärker praxisorientiert erfolgen muss. Darüber reden alle in der Öffentlichkeit, in der politischen Landschaft, jeder spricht darüber. Wir müssen aber auf der anderen Seite auch über die Forderung nach Polyvalenz reden, die ich für sehr wichtig halte, ganz zu schweigen von der wissenschaftlichen Seriosität in der Ausbildung selbst.

*Keine eindimensionale  
Ausrichtung im Studium*

Wenn ich über Unterrichtspraxis und eine stärkere Verzahnung spreche, meine ich damit nicht die weit verbreitete und vorschnelle Meinung, man könne schulische Praxis auch an der Universität erwerben. Das ist nicht Aufgabe der Universitäten, und das soll auch nicht Aufgabe der Universität werden. Aber eine bessere Verzahnung, auch im Hinblick auf spätere Berufsentscheidungen mit praktischen Phasen, halte ich für sinnvoll. Ich möchte dafür aber nicht den Preis zahlen, dass junge Leute praktisch vom 2. oder 3. Semester an, eindimensional nur auf eine spätere Berufstätigkeit in der Schule hin studieren kön-

nen. Ich glaube, es ist wichtig, Polyvalenz in diesem Sinne auch in den Studienverläufen möglich zu machen.

Das kann man über Kreditpoint-Systeme, Modularisierungen, wechselseitigen Anrechnungen usw. durchaus organisieren. Auch zu diesem Thema wird der Expertenrat Vorschläge machen. Ich kenne sie noch nicht, aber ich habe ausdrücklich die Mitglieder des Expertenrates ermuntert, hier Vorschläge zu machen, die im Zweifelsfall etwas kühner sind, als die, die wir immer schon gekannt haben.

Ganz kurz zu den inhaltlichen Leitlinien ansonsten. Es wird beim 1. Staatsexamen und auch bei einem 2. Staatsexamen bleiben. Ich gehe allerdings davon aus, dass es auch eine Experimentierklausel geben kann, wenn einzelne Hochschulen andere Modelle der Lehrerausbildung fachlich begründet entwickeln wollen. Daran will ich sie nicht hindern, aber die Regel wird sein, weiterhin ein 1. und ein 2. Staatsexamen. Für ein 1. Staatsexamen müssen wir die Struktur der Lehrämter neu bestimmen. In der Entschließung des Landtages, die uns da Vorgaben macht, ist die Rede von zwei stufenübergreifenden Lehrämtern für die Primarstufen und die SI und SII.

Ich finde es wichtig, dass wir die reine Stufenlehrausbildung auch gesetzlich hinter uns lassen. Und das ist meine Position dazu, dass wir tatsächlich für die Langzeitschulformen auch ein langzeitschulformenbezogenes Lehramt konstituieren. Ich bin vorsichtig mit weiteren darüber hinaus gehenden Ankündigungen. Auch dazu werden wir mit Eckpunkten in die Diskussion gehen, damit Sie das zeitlich einordnen können.

Wir wollen in der 1. Hälfte des Jahres 2001, eigentlich früher, aber ich will nicht zuviel versprechen, mit Eckpunkten für die Novellierung des Lehrerausbildungsgesetzes in die Diskussion gehen und auf der Basis der öffentlichen Diskussion dann den Wortlaut des Gesetzes erarbeiten. Das war ein Verfahren, das sich beim Berufskolleggesetz ganz gut bewährt hat. Wenn man nämlich schon mit einem fertigen Gesetzentwurf losgeht, dann wird hinterher medial jedenfalls nur noch darüber diskutiert, wer an welcher Stelle wie gewonnen hat, und weniger über die Sache. Und wenn man über Eckpunkte herangeht, ist die Diskussion offener, und sie kann auch eher fachlich geführt werden. Das möchte ich gerne auf dem Feld auch erreichen.

Ich möchte die Diskussion im Laufe des Jahres 2001 dann allerdings auch abgeschlossen haben. So dass sie sich einstellen können, dass im nächsten Jahr gesetzgeberisch die Lehrerausbildung im Mittelpunkt stehen wird.

Wir haben uns in der Koalitionsvereinbarung vorgenommen, ein einheitliches Schulgesetz zu schaffen. Dieses einheitliche Schulgesetz soll von der Leitvorstellung der größeren Selbstständigkeit der einzelnen Schule beherrscht werden. Wir haben ja in der vergangenen Legislatur in allen Maßnahmen uns innerhalb des gegebenen rechtlichen Rahmens bewegt. Wir haben hier in dieser Runde auch schon darüber diskutiert. Wir möchten diesen gesetzlichen Rahmen jetzt erweitern. Da aber das Vorhaben aus - ich glaube - 7 Schulgesetzen ein einheitliches

*Experimentierklausel für neue Wege in der Lehrerausbildung*

*Keine reine Stufenlehrausbildung mehr*

*Novellierung des Lehrerausbildungsgesetzes zu Beginn 2001*

*Einheitliches Schulgesetz zur Autonomie der Schulen*

zu machen, natürlich ein ziemlich ambitioniertes Projekt ist und schnell Gefahr läuft, angesichts der Vielfalt der Aspekte, die dort geregelt und angesprochen werden müssen, in sich zusammenzufallen, habe ich ein hohes Interesse daran, die Diskussion zu strukturieren, d.h., nicht zum selben Zeitpunkt über alles zu reden, von Schulfinanz- über Schulpflichtgesetz, über Schulordnungsgesetz, bis hin zur Lernmittelfreiheit und Schülerfahrtkosten. Das gehört zwar alles mit dazu, aber diese Diskussion möchte ich strukturieren. Auch dazu werde ich über Eckpunkte Vorschläge machen, damit man die Diskussion im Laufe dieser Legislatur dann in den großen Blöcken auch tatsächlich abarbeiten kann. Dazu werden Sie eingeladen.

Wir arbeiten auch an der Weiterentwicklung eines Kommunikationssystems, das stärker und unmittelbarer Rückkopplungen zu verschiedenen Themen möglich macht. Ich möchte schon, dass es hier eine breite Diskussion gibt. Aber dazu muss man Grundlagen haben, die werden wir entwickeln.

*Autonomie der Schule kein Selbstzweck*

Ich will inhaltlich dazu noch etwas sagen. Die Selbstständigkeit der einzelnen Schule ist ja nicht Selbstzweck, aus sich heraus einfach gesetzt, sondern ist ja auch Ergebnis einer langen bildungspolitischen Diskussion, in der es um die Optimierung des Systems ging. Die Selbstständigkeit der einzelnen Schule ist ein Instrument zur Qualitätsverbesserung. Und diese Selbstständigkeit muss Handlungsfähigkeit für die einzelnen Schulen gewährleisten. Das bedeutet immer auch einen Abbau von Regelungsdichte.

Aber zum Thema Regelungsdichte sei mir auch ein Wort erlaubt. Ich war im letzten halben Jahr etwas leidgeprüft durch Verfahren zur Entwicklung eines Erlasses zur Lehrereinstellung, das uns vorgegeben war und ist.

*Die notwendige Abstimmung macht manches nicht leichter*

Wenn mein Haus einen solchen Erlass macht, muss es diesen Erlass mit sechs Hauptpersonalräten abstimmen. Von diesen sechs Hauptpersonalräten werden sehr unterschiedliche Erwartungen und Forderungen an einen Erlass gestellt. Da ich die Zustimmung der Hauptpersonalräte brauche und mich nicht darüber hinwegsetzen kann, werden natürlich aus dem einen dieses und aus dem anderen jenes, aus dem dritten noch wieder eine andere Erwartung formuliert, so dass auch durch solche Verfahren oft Regelungen aufgenommen werden müssen, bei denen ich dann hinterher die Frage beantworten muss, warum das so im Detail sein muss.

Ich will das nicht alles abschieben, aber das sind nur z.T. Dinge, die ich selbst in jedem Fall immer für regelungsnötig halte. Dies ist das Ergebnis von relativ komplizierten Mitwirkungsprozessen, denen wir einfach verpflichtet sind. In diesem Sinne bitte ich Sie um Verständnis für manche Regelung, die entsteht.

*Budgetierung*

Der Beginn der Diskussion mit Eckpunkten wird im kommenden Jahr sein. Wir wollen zusätzlich zu dieser Diskussion, für die wir uns Zeit lassen, in der Legislaturperiode ein gesondertes Modellvorhaben mit auf den Weg bringen, indem wir eine erweiterte Form von Selbstständigkeit von Schulen erproben und weiter entwickeln.

Da geht es vor allen Dingen um Freiheit von allzu engen personalwirtschaftlichen und haushaltsrechtlichen Regelungen. Die berühmte Budgetierung von Personalmitteln wollen wir dort erproben. Dass dies ganz kompliziert ist, muss ich Ihnen nicht erzählen, müssen Sie mir auch nicht vorhalten, deshalb bedarf es einer sorgfältigen Vorbereitung, und es geht hinterher natürlich nur auf dem Wege der Freiwilligkeit.

Es gibt eine ganze Reihe Schulen, die immer gesagt haben, sie würden so etwas gerne tun und sich auf diesen sicher sperrigen Weg begeben. Dafür brauchen sie dann auch Unterstützung. Dazu wird es auch gehören, dass man Fehler macht und Irrtümern unterliegt, das ist auf einem solchen Weg gar nicht anders möglich. Ich halte es aber für lohnend, wenn wir dahinkommen wollen, dass hinterher die einzelnen Schulen in der Tat sich dann nicht mehr mit der Schulaufsicht darüber gemeinsam ärgern müssen, ob Sie in diesem Fall die A12 oder die A13 Stelle anbieten können oder müssen oder ob Sie andere Möglichkeiten haben.

Das ist mein Ziel auf diesem Weg, dass so etwas Schulen dann auch eigenverantwortlich entscheiden können. Selbstverständlich im Rahmen der Spielräume, die sie haben. Aber das müsste möglich werden. Wir brauchen, um einen solchen Modellversuch auf den Weg zu bringen, mit hoher Wahrscheinlichkeit eine gesetzliche Experimentierklausel.

*Eigenverantwortlichkeit ist das Ziel*

Das werden wir dann in einer Art Vorschaltgesetz regeln. Für die Gymnasien, glaube ich, ist in diesem Zusammenhang in besonderer Weise wichtig, dass gerade in einem solchen Modellversuch, aber auch auf mittlere und längere Sicht die Entwicklung einer Schulleitungsstruktur mit deutlichen Verantwortlichkeiten von hoher Bedeutung sein wird.

Schulleitungsstruktur heißt, über den Schulleiter, die Schulleiterin hinaus, auch andere Verantwortlichkeiten in einem Schulleitungsteam nachhaltig und ausweisbar zu organisieren. Wir werden bei der Entwicklung dieser Schulleitungsstrukturen sicher mit Ihren Vorständen und Ihren Vereinigungen zusammenarbeiten, daran sind wir auch von Seiten des Hauses sehr interessiert.

*Schulleitungskultur als Verantwortungsstruktur im Team*

Ich mache auch hier jetzt einen Strich, und gehe auf das Thema Lernen in der so genannten Wissensgesellschaft ein. Der Begriff ist ja auch zu hinterfragen. Ich benutze ihn aber jetzt trotzdem. Viele Absprachen im Koalitionsvertrag zielen unmittelbar auf Unterricht und auf die Organisation von Unterricht. Ich unterstreiche noch einmal, Unterricht ist der Kern schulischen Handelns. Zur Zeit werden die Ausbildungsordnungen überarbeitet.

*Lernen in der Wissensgesellschaft*

Die Verbände haben weitgehend positiv Stellung genommen, dazu gehört die Abschaffung der Zusatzprüfung, die sich nicht bewährt hat. Dazu gehört die Vorlage der Übergangsempfehlungen der Grundschule bei den weiterführenden Schulen und das Recht der weiterführenden Schulen, eine Beratung für Eltern anzusetzen, die sich anders verhalten, als die Grundschule in der Empfehlung vorsieht.

*Zusatzprüfungen und begründete Empfehlung*

*Belegpflichten in der SII,  
Profilbildung*

Dazu gehört, die Belegungsverpflichtung in der Oberstufe noch einmal zu erhöhen, 2 naturwissenschaftlich-technische Fächer oder 2 Fremdsprachen. Dazu gehört auch die Profilbildung in der gymnasialen Oberstufe. Unser Ziel ist, die qualitative Vertiefung der Ausbildung durch Fächerkombinationen oder durch Einbeziehung und Zuordnung von außerschulischen Angeboten. Diese programmatische Entwicklung durch fachliche Kooperationen mit Hochschulen, mit Wirtschaftsunternehmen, mit Praktika usw., aufzunehmen ist das Ziel. Es gibt inzwischen ja eine ganze Fülle von Beispielen dazu im Land.

*Teil der  
Schulprogrammentwicklung*

Dass es einen Zusammenhang mit der Schulprogrammentwicklung gibt, sei hier nur angemerkt. Ich will auch dafür Zieldaten für das Inkrafttreten sagen. Diese Rechtsverordnung hatte ich sehr schnell im Herbst in den Landtag eingebracht: Sie bedarf ja der Zustimmung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung. Wir haben eine erste Lesung im Landtag gehabt, die Oppositionsfraktionen wollen dazu noch einmal eine Anhörung durchführen. Ich hätte mir sonst gewünscht, dass wir am 13.12.2000 bereits im Ausschuss hätten beschließen können. Das war auch ursprünglich zwischen allen Fraktionen verabredet. Diese Anhörung soll zeitnah erfolgen, so dass wir in der übernächsten Schulausschusssitzung die Rechtsverordnungen verabschieden können.

Das Zieldatum für das Inkrafttreten, was die Grundschulempfehlung angeht, heißt: sofort. Damit wird diese Regelung unmittelbar wirksam für das nächste Übergangsverfahren. Dazu müssen die Grundschulen natürlich spätestens im Januar Bescheid wissen. Wir wollen sie vorab vor Weihnachten informieren, damit sie auf dieser Basis bei den Halbjahreszeugnissen handeln können.

*Terminvorgaben*

Was die Belegverpflichtung angeht, ist der Termin 01.08.2002. Was die Profilbildung angeht lautet der Termin: 01.08.2003. Wir wollen auf diese Weise auch mittelfristige Planungen möglich machen.

*Abitur nach 12 Jahren*

Zum Abitur nach 12 Jahren haben wir in der Rechtsverordnung drei Modelle vorgesehen:

- ☞ Das individuelle Springen wie bisher.
- ☞ das Zusammenfassen von Fördergruppen zum Überspringen. Ich gehe davon aus, dass das etwas sein wird, was vor allen Dingen in kleineren Schulen zum Tragen kommen kann.
- ☞ Profilklassen ab 7 bzw. 9, die dann den Bildungsgang bis 11/1 Jahr schneller durchlaufen. Dies noch mit Genehmigungsvorbehalt der Schulaufsicht.

Welches dieser Modelle, ob Kombinationen oder einzelne dann an den Schulen zur Anwendung kommt, soll in der Schule in Abstimmung mit dem Schulträger entschieden werden.

*Englisch in der Grundschule*

Ich glaube, dass wir hier in der ersten Phase steuern müssen, weil man sonst aus einer gewissen Organisationsrationalität natürlich auch zusätzlichen Bedarf erzeugen kann.

Zum Schuljahr 2003/2004 werden wir Englisch in der Grundschule einführen. Dabei sind nicht nur logistische Probleme zu lösen, sondern es sind auch die Auswirkungen auf die Sek. I zu beachten.

Die logistischen Probleme - Zahl der qualifizierten Lehrer, Lehrerausbildung, Lehrerfortbildung - gehen wir über Qualifizierungsmaßnahmen an. Bei den Fragen für die Sek. I haben wir bis 2005 Zeit.

Wir werden diese Legislatur nutzen, um dafür ein Konzept zu erarbeiten. Dabei diskutieren wir z.B. das Vorziehen der 2. Fremdsprache auf Klasse 6. Wenn man nämlich mit Englisch in der 3. Klasse anfängt, braucht man ja auch nicht unbedingt bis zur Klasse 7 mit dem Beginn der 2. Fremdsprache zu warten. Dann kann man auch auf die 6. Klasse vorgehen.

Wir müssen Regelungen finden, und zwar in den Ausbildungsgängen, die in Klasse 5 dann nicht mit Englisch beginnen. Wir brauchen Regelungen für die Schulen, die nicht Englisch als 1. Fremdsprache anbieten, sondern alleine oder zusätzlich auch den Beginn mit Französisch oder Latein. Das sollen sie auch weiter machen und auch machen können, aber dann braucht man Überleitungen bis zum Einsetzen des Englischunterrichtes am Gymnasium, wenn man nicht Gefahr laufen will, dass das Wissen aus dem 3. und 4. Schuljahr verschüttet wird. Denn in den Grundschulen soll systematisiertes Lernen stattfinden und nicht nur Begegnung mit Fremdsprache.

Der Schulerfolg von Kindern ausländischer Herkunft ist bei weitem nicht zufriedenstellend. Diese Schüler liegen im Durchschnitt weit hinter anderen zurück, die mit der Muttersprache und Herkunftssprache Deutsch in das Bildungssystem eintreten. Wir wollen den Erwerb der Kenntnisse des Deutschen deutlich vorverlegen, sozusagen nicht als eine kontinuierliche Aufgabe der Schule vom 1. bis zum 10. Schuljahr alleine ansehen.

Dazu wollen wir Maßnahmen in einer veränderten und erweiterten Schuleingangsphase konzentrieren. Lassen sie mich es so formulieren. Wir sprechen mit den Schulträgern im Augenblick darüber, die Schuleingangsuntersuchung zeitlich etwas vorzuziehen. Manche Kommunen machen das jetzt schon im November. Im Rahmen dieser Schuleingangsuntersuchung wollen wir Kenntnisse darüber gewinnen, ob Kinder tatsächlich in der Lage sind, dem Deutschen zu folgen, um dann gezielt anzusetzen bei den Kindern, die die deutsche Sprache nicht beherrschen.

Das Ziel ist, dass sie bis zum Ende des 1. Schuljahres die Fähigkeit erworben haben, das Deutsche als Arbeitssprache zu benutzen. Es bleibt für sie beim fachsprachlichen Erwerb usw. noch schwierig genug. Wir wollen aber diese Zeit durch frühe Förderung und ein systematisches Lernen deutlich nutzen.

Wir haben erste Mittel dafür zur Verfügung gestellt. Wir überweisen sie pauschal an die Schulträger, die das in Zusammenarbeit mit regionalen Arbeitsstellen oder anderen Einrichtungen organisieren können. Wir wollen auch die Möglichkeit eröffnen, dass Mütter mit in diese Kurse

*2. Fremdsprache ab Klasse 6*

*Fördermaßnahmen für Kinder ausländischer Herkunft*

*Erweiterte Schuleingangsphase*

*Deutsche als Arbeitssprache bis zum Ende des 1. Schuljahres*

gehen können, bei türkischen Müttern sind die Probleme ja bekannt, auch die um die sozialen Verhaltensweisen. Und das kann ganz wichtig sein. Wir wollen hier für Kinder mit migrantem Hintergrund tatsächlich bessere Voraussetzungen für die weitere Schullaufbahn haben.

Ich sage jetzt nichts über Lernen mit neuen Medien. Wir werden die Initiative weiter fortsetzen.

*Nationale und internationale Schulleistungsuntersuchungen*

Ich will einen kurzen Hinweis noch auf nationale und internationale Schulleistungsuntersuchungen geben. Die schul- und landesseitigen Maßnahmen sind ja das Eine der internationale Vergleich ist das Andere. Die Untersuchung zu PISA was Mathematik, Naturwissenschaften, Leseverständnis Sek. I und übergreifende Kompetenzen angeht, ist bereits durchgeführt. Da werden wir im nächsten Jahr die Ergebnisse bekommen.

*Test als Herausforderung zur Qualitätsverbesserungen*

Das Leseverständnis in der Grundschule wird in einer Untersuchung „PIRLS“ abgefragt. Die Untersuchungen beginnen im kommenden Jahr. „DESI“, Deutsch und Englisch in der Sek. I. Diese Tests werden in den Jahren 2000 bis 2004 durchgeführt. Solche internationalen Vergleichsuntersuchungen zwingen uns zu Qualitätsverbesserungen. Wir können und wir sollten uns ihnen nicht entziehen, ohne dabei dem Irrtum aufzusitzen, dass Schule eben nur das sei, was man in Tests auch testen kann. Aber Tests sind damit nicht überflüssig oder zu vernachlässigen. Ich werbe ganz ausdrücklich um die Maßnahmen zur Sicherung der Qualität auch im Abitur.

Auch die diesjährige Untersuchung der Schulaufsicht zeigt, dass ein Maßstab, der von außen an die Schulen herangetragen wird, wichtig ist. Das gilt für alle Schulen mit gymnasialen Oberstufen. Es geht mir aber auch darum, in den nächsten Jahren für die Sek. I ein systematisches System der Rückmeldung über Leistungsstandards innerhalb der Schule aufzubauen.

Dieses ist auch nicht neu und wird in den nächsten Jahren von besonderer Bedeutung sein. Qualitätsentwicklung und Chancengleichheit sind keine Gegensätze, sondern sie bedingen einander. Wer über Chancengleichheit redet und Qualitätsaspekte vernachlässigt, wird in Wirklichkeit den Interessen der betroffenen Kinder und Jugendlichen nicht gerecht.

Das gehört beides zusammen. Und Chancengleichheit muss jeweils wieder neu definiert werden. Jede Zeit hat andere Privilegierungen und Benachteiligungen. Und dieses Verhältnis von Qualität und Chancengleichheit ist immer wieder neu zu justieren. Da wird es nie ein endgültiges Ergebnis geben, das dann für die Ewigkeit trägt. Das ist in hohem Maße auch anstrengend, und Schule kann das alles nicht alleine schaffen.

*Partner innerhalb und außerhalb des Systems*

Schule braucht in der Zusammenarbeit auch Partner innerhalb des Systems, aber sie braucht auch Partner außerhalb des eigenen Bereichs. Da nenne ich als erstes Eltern. Aber ich nenne auch Verbände, ich nenne Kirchen, ich nenne Organisationen, ich nenne Nachbar-



schaften, ich nenne auch Wirtschaft. Die großen Probleme in den Schulen im erzieherischen Bereich entstehen ja auch dadurch, dass eine Mentalität zunehmend Platz greift, die der Schule auch noch das zuweist, was es traditionell etwa an ganz selbstverständlicher familiärer Erziehungsarbeit gegeben hat.

Die Mentalität nimmt ja zu, wo dies auf die Schule delegiert wird. Aus welchen Gründen auch immer, ich will das jetzt nur beschreiben. Und wenn Schule das alleine alles regeln soll, ist sie überfordert. Das kann sie nicht. Sie kann und sie soll sich auch nicht an die Stelle der Elternhäuser setzen.

Schule muss auch die Möglichkeit haben, Erziehung bei Elternhäusern sozusagen mit einzufordern. Auch das formuliert sich leichter, als es sich in der Praxis umsetzt, das weiß ich auch. Wenn man sich nicht resigniert zurücklehnen und über die modernen Zeiten jammern will, gibt es Wege, wie man dieses organisieren kann. Man kann das organisieren, indem man, im Wege des Schulprogramms selbstverständlich, die Vertreter der Eltern an der Schule einbezieht und Regeln formuliert für das ganz alltägliche Zusammenleben und das Verhalten an der einzelnen Schule. Und viele von ihnen haben das ja auch getan. Ich habe wiederholt dafür geworben.

Das heißt auch, dass man Sanktionen verabreden muss, wenn Regeln nicht eingehalten werden. Sanktionen, die dann nicht nur für Schüler gelten, sage ich auch dazu. Das, was Jugendliche und Kinder am Stärksten brauchen, sind stabile Orientierungen. Und stabile Orientierungen können auch dadurch in Gefahr geraten, dass die anderen, mit denen sie es zu tun haben, sich an diese Regeln nicht halten.

Ich glaube, wichtig ist die Verabredung, die nicht vom Himmel fällt und in diesen Zeiten auch nicht dekretiert werden kann. Das kann keine Ministerin für alle Schulen, alle Eltern und alle Lehrerinnen und Lehrer tun. Dazu sind die Auffassungen auch zu unterschiedlich. Aber einen gemeinsamen Grundkonsens zu formulieren kann dabei helfen.

Man kann das zu Erziehungspartnerschaften an der einzelnen Schule weiterentwickeln. Auch dazu gibt es Erfahrungen im Land. Man kann das weiterentwickeln zu einem geordneten und dann auch nicht mehr kränkenden Rückmeldesystem und zwar wechselseitig zwischen Elternschaft und Schule.

Es gibt eine ganze Reihe von Ideen, die dazu entwickelt und auch praktisch erprobt worden sind. Das kann helfen, und es hilft dann auch einer Schulleitung oder einem Klassenlehrer, wenn er im Zweifelsfall sagen kann, wir haben uns aber auf dieses verständigt und das erwarte ich jetzt von ihnen. Das muss ja möglich sein in einer Klassenpflegschaftssitzung. Ich möchte gerne diesen Aspekt in den nächsten Jahren deutlicher noch als in der Vergangenheit betonen.

Der Ministerpräsident hat in der Regierungserklärung, ich selbst in der Schuljahrespressekonferenz, von einem Bündnis für Erziehung gesprochen. Wir wollen das auf der Landesebene mit ausgewählten Persönlichkeiten so organisieren, dass wir notgedrungen sehr allgemein ver-

*Schule kann nicht alles*

*Erziehung bei Elternhäusern einfordern*

*Die Verabredung von Sanktionen gilt immer für beide Seiten*

*Bündnis für Erziehung*

suchen, uns auf Grundlagen erzieherischen Handelns in dieser Gesellschaft zu verständigen. Das sind dann in diesem Zusammenhang eben nicht nur Lehrer, sondern auch Eltern, das sind auch Repräsentanten des öffentlichen Lebens. Und wir werden darum werben. Dazu gehören Kindergärten selbstverständlich oder Tageseinrichtungen oder ganz andere Bereiche.

Ein Präses hat einen anderen Strang, als ich ihn dienstlich habe, und sogenannte öffentliche Leitfiguren haben jeweils noch andere gesellschaftliche Verortung. Es wird darauf ankommen, möglichst viel Anreiz zu geben, Anstoß zu geben für viele Diskussionen in unterschiedlichen Zusammenhängen, ob das im Club ist, an einem Ort in der Schule oder angebunden an einen Kindergarten oder die Kirchengemeinde.

*Ein Mehr an Gesprächen  
und gemeinsamer  
Vergewisserung*

Ich finde nur, dass wir darüber mehr an Gespräch und mehr an Vergewisserung brauchen, sonst wird uns das nicht weiterbringen. Und ich glaube, gerade bei Fragen der Wertorientierung, der sozialen Kompetenz zeigt auch die Aktualität, dass man nicht leichtfertig mit vermeintlich Gewonnenem bei uns in der Gesellschaft umgehen kann und darf.

*Praktische Philosophie;  
schulische  
Betreuungsangebote etc.*

Ich sage jetzt nichts mehr zur praktischen Philosophie, schulischen Betreuungsangeboten, systematischer ökonomischer Bildung und anderen Punkten auch. Wir wissen nur, wenn wir etwas bewegen wollen, dann müssen wir viele mitnehmen.

Und deshalb finde ich es auch wichtig, bei den Aspekten jeweils deutlich zu machen: nicht alles muss zum selben Zeitpunkt an allen Orten gemacht werden. Sie müssen, und Sie werden natürlich auch Ihre einzelnen Schwerpunkte an der Schule setzen. Und deshalb missverstehen Sie mich jetzt nicht bitte so, als wollte ich Ihnen aus einem breiten Fächer jeweils einzeln alles mitgeben. Das kann und wird niemand schaffen. Aber aus den Themen auszuwählen und sich dann Projekte vorzunehmen für die Entwicklung der einzelnen Schule, das halte ich weiterhin für eine ganz spannende Aufgabe und auch etwas, was sehr reizvoll ist in der eigenen Arbeit.

Und deshalb will ich Sie gerne auch als Schulleiterinnen und Schulleiter über Ihre Organisationen in diese Prozesse einbeziehen und dabei versuchen, darauf zu achten, dass wir unnötige Doppelarbeit auch in der Weise vermeiden, dass nicht an jeder Schule das Rad neu erfunden werden muss. Da gibt es auch Koordinations- und Konzeptentwicklungsaufgaben, die selbstverständlich bei uns liegen, aber ich bitte Sie auf diesem Weg, im Sinne der Weiterentwicklung unseres Bildungssystems, das sich überhaupt nicht verstecken muss, doch um Ihre Unterstützung.

Mich ärgert es, dass in vielen öffentlichen Diskussionen, z.T. auch durch unwillentliche Beiträge, so getan wird, völlig unabhängig von der parteipolitischen Provenienz, als sei das, was wir als Bildungssystem in Deutschland zu bieten haben, im Grunde das Letzte auf der Welt. Das Gegenteil ist der Fall. Das zeigen auch die vielen Vergleiche, wenn man sich mal etwas genauer anschaut, wie denn ein Bildungssystem in den USA aussieht.

>

Da kenne ich auch die exzellenten Highschools, auf die Austauschschüler gehen. Aber es gibt eben in großer Zahl auch die anderen. Und es ist nicht zufällig so, dass die USA sich ihren Elitenachwuchs zu einem großen Teil aus anderen Ländern holen und eben nicht im eigenen Land heranbilden. Ich finde, es muss unsere Aufgabe sein, dies auch im eigenen Land zu tun. Und ich finde auch, dass wir uns mit Vielem überhaupt nicht zu verstecken brauchen gegenüber anderen Ländern auf dem europäischen Kontinent. Sie haben andere Traditionen, und sie haben auch andere Organisationsformen.

Das bleibt auch mein Credo, auch ein öffentliches Bildungssystem kann in dieser internationalen Konkurrenz mit vielen privaten Systemen durchaus konkurrenzfähig sein, wenn es das hinreichende Maß an Differenzierung und das hinreichende Maß an Individualisierung für einzelne Schülerlaufbahnen organisiert, das geht nur über ein hohes Maß an Vielfalt, sehr viel an Entwicklungsmöglichkeiten, das geht mir an der Stelle auch nicht schnell genug, was ich gerne an Offenheit für die einzelnen Schulen noch organisiert hätte. Aber ich glaube, das ist ein Ziel, das der Anstrengung wert ist, dieses auch nachzuweisen.

Also in diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Unterstützung und würde mich freuen, wenn wir ansonsten in den nächsten Jahren so weiter miteinander kommunizieren können, wie wir das bisher getan haben. Vielen Dank.

*Bekennnis zum öffentlichen  
Schulsystem*

Frau Dr. Berg-Ehlers dankt Frau Ministerin Behler und leitet zur Diskussion über.

*Herr Lehmann  
Bischöfliches Fürstenberg-  
Gymnasium Recke*

Ich möchte eine Frage zur Einstufung der Lehrer an Sie stellen. Die Einstufung nach A12 macht uns große Sorgen. Diesen jungen Menschen bietet man nach 12 Semester Studium und einer 2-jährigen Referendarzeit nicht mehr die Besoldung des Höheren Dienstes. Man verpflichtet sie sogar, Stellen an Haupt- und Realschulen anzunehmen. Anderenfalls werden sie jetzt für 2 Jahre aus dem staatlichen Verteiler gestrichen.

*Lehrerabwanderung in  
benachbarte Bundesländer*

Dadurch verliert der Beruf des Gymnasiallehrers zusätzlich an Attraktivität. Viele junge Menschen gehen daher nach dem Studium, aber auch nach der Referendarzeit in andere Berufe oder in andere Bundesländer und werden dort nach A 13 eingestellt. Sie fehlen uns am Gymnasium, um all das zu tun, was Sie gerade geschildert haben. Das ist ein Grund unseres derzeitigen Lehrermangels. Was wollen Sie tun, Frau Behler? Eben ging das etwas schnell in Ihren Ausführungen, um die Situation dieser jungen Menschen zu verbessern, d.h., um den Beruf des Gymnasiallehrers wieder attraktiv zu machen.

*Herr Lubeley  
Albert-Schweitzer-  
Gymnasium Plettenberg*

Ich möchte das Vorige um ein Beispiel ergänzen. Seit gestern sind 7 Referendare bei uns an der Schule fertig geworden. Eine Referendarin wird sich schulscharf bewerben, um die Familie abzusichern. Eine hat ein Vorstellungsgespräch in Leipzig, und die 5 anderen werden sich auf keinen Fall mit einer A 12 Stelle zufrieden geben. Sie werden zwar ins Listenverfahren einsteigen, voraussichtlich ablehnen, um sich dann zum 01.08.2001 in Hessen und Niedersachsen zu bewerben. Eine feste Aussage von den fünf, die in Plettenberg jetzt fertig geworden sind.

*Frau von Mitzlaff  
Gymnasium Rahden*

Das Gymnasium Rahden ist ein Gymnasium im Aufbau. Wir sind inzwischen bis zur Jahrgangsstufe 10 gewachsen.

Frau Behler, meine Frage schließt sich an die Äußerungen meiner beiden Vorredner an. Es gibt drei Umstände, die mir meine Arbeit sehr schwer machen.

*A12 A13 und kein Ende*

1. Von den 40 Kolleginnen und Kollegen an unserer Schule werden 18, also fast die Hälfte, auf A12 bzw. BAT III Stellen geführt. D.h., ich habe nicht die Möglichkeit, aus unserem Kollegium qualifizierte A14/A 15 Stellen zu besetzen, obwohl diese jungen Kolleginnen und Kollegen solche Arbeiten wahrnehmen. Das führt zu enormem Verdruss im Kollegium. Die Kollegen fühlen sich, als ob sie in der zweiten Liga spielen.

2. Neueinstellungen sind extrem schwierig. Ich habe in diesen Sommerferien mindestens 40 wenn nicht 50 Telefongespräche geführt. Häufig mit dem Ergebnis, dass Kollegen, die uns zugehört waren, nach Niedersachsen abgewandert sind, wo ihnen eine A13 Stelle in Aussicht gestellt wurde. D.h., die generelle Konkurrenz mit Hessen und

Niedersachsen macht Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen nicht attraktiv.

3. Diese Situation führt natürlich dazu, dass auch Vertretungsstellen nicht vernünftig besetzt werden können. Die Mittel für Geld statt Stellen, sagen Sie, sind zwar da, aber wir telefonieren uns die Finger wund, Frau Berg-Ehlers hat das vorhin auch angesprochen, und wir schaffen es einfach nicht, Kollegen für solche Vertretungstätigkeiten zu gewinnen. Die Kollegen sagen mit Recht, jetzt komme ich für 1, 2, 3 Monate zu Ihnen als Vertretungslehrkraft, gebe dafür meine jetzige Tätigkeit auf, danach stehe ich auf der Straße. Wenn Sie mir einen gesicherten Arbeitsplatz bieten, komme ich gerne, aber für eine kurzfristige Tätigkeit gebe ich meine jetzige Tätigkeit außerhalb der Schule nicht auf.

Deshalb noch mal meine Frage: Sehen Sie wirklich keine Möglichkeit, den Schulen eine Vertretungsreserve zurückzugeben? Das Gymnasium Rahden würde sich gerne bereit erklären, im Rahmen eines Modellversuches zu zeigen, dass Vertretungslehrkräfte sinnvoll eingesetzt werden können. Diesen Lehrkräften könnte man dann feste Arbeitsplätze und damit eine Perspektive anbieten. Also meine dringliche Bitte: Beenden Sie die Einstellung nach A12, schaffen Sie Ausgleichsregelungen für die Lehrkräfte, die derzeit nach A12 besoldet werden und ermöglichen Sie den Schulen die Einrichtung einer Vertretungsreserve.

*Junge Kollegen brauchen sichere Perspektiven*

Ich habe eine Nachfrage. Sie sagten bei Mangelfachkombinationen werde A13 gezahlt. Nun hat man nicht immer eine Mangelfachkombination als Bedarf in der Schule. Können Sie präzise sagen, was Sie mit Mangelfachkombinationen meinen? Wenn man einen Englischlehrer braucht, dann ist das relativ egal, was er als 2. Fach hat. Man kriegt ihn nicht für A12. Und deswegen meine Frage. Was wird gedacht für die, die nur ein Mangelfach brauchen in der Schule?

*Frau Bredner  
Ravensberger Gymnasium  
Herford*

Das Zweite. Wir haben bisher gesprochen von der Konkurrenz der Länder Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz. Wie ich gehört habe, wird inzwischen ein Norddeutschlandverbund bei der Lehrereinstellung geplant. Es wollen sich Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen verabreden, um die gegenseitige Konkurrenz auszuschließen. Wie weit wird Nordrhein-Westfalen sich an solchen Gesprächen beteiligen und welche Schlüsse wird es daraus ziehen?

Sie haben bei den Bedarfsermittlungen Ihre Überraschung kundgetan, dass jetzt Englisch ein Mangelfach wird. Ich saß einmal neben dem Dezernenten aus der Bezirksregierung Detmold, der hat mir schon vor vier Jahren die Statistiken gezeigt, die er persönlich führt. Man kann ja gegenrechnen, die, die in Pension abgehen, und die, die als Studienabgänger zur Verfügung stehen, und die, die dann noch für A12 nach Nordrhein-Westfalen kommen. Das wären also meine Fragen.

*Kam die Lehrerknappheit wirklich so überraschend*

Das Dritte. ist mehr so am Rande, wenn ich schon mal hier bin. Es ist ja immer klar, dass das Geld im Bildungsbereich knapp ist. Es ist dann die Frage, warum es an einigen Stellen so ineffektiv ausgegeben wird.

Ein Beispiel: Ich habe einen Referendar in Mathematik und Physik, der ist aus Hamburg gekommen. Da wurde er nicht ausgebildet, weil es einen Numerus clausus gab mit 1,4. Dreimal dürfen Sie raten, wohin der nach der Ausbildung geht.

*Frau Smerdka  
Heisenberg-Gymnasium,  
Dortmund*

Ich möchte keine Frage stellen, nur ergänzend auf einige Dinge hinweisen. Ich gehe davon aus, dass auch Fächer wie Deutsch und Geschichte Mangelfächer werden. Ich habe die letzten 14 Tage damit verbracht ca. 70 Lehrerinnen und Lehrer anzurufen, um eine Vertretung für Deutsch mit beliebigem Beifach zu bekommen. Das ist mir nicht gelungen. Ich habe das jetzt aufgegeben. Wir sind seit mehr als 5 Jahren eine Schule im Unterhang. Wir vertreten jetzt zwei Kollegen mit Deutsch und Geschichte aus eigenen Kräften durch Unterrichtskürzung. Es nützt also nichts, die Geld-statt-Stellen-Mittel zu erhöhen.

*Karteileichen in Arnsberg*

Die Kolleginnen und Kollegen, die im Computer in der Bewerbungsdatei in Arnsberg waren, sind dort schon seit vielen Jahren. Mir ist gesagt worden, es sei nicht möglich, das anders zu machen. Die Auskünfte der Eltern waren teilweise die, mein Kind ist gar nicht mehr in Deutschland, es hat längst Beschäftigung. Viele von denen, das ist also eine unfreiwillige empirische Erfahrung, die ich gemacht habe, mit Beifächern wie Geschichte und Philosophie, wussten, dass sie keine Einstellungschance haben, und haben feste Verträge in anderen Bereichen. Sie sind also nicht in der Lage für einige Monate in die Schule zu kommen.

*Herr. Fritz, Gymnasium  
Brilon*

Ich wollte etwas ergänzen, zu dem was die Kollegin gerade gesagt hat, was die Mangelfächer anbelangt. Ich halte die Gedanken, die Sie dazu entwickelt haben, für außerordentlich fragwürdig, um nicht zu sagen ungerecht. Es sind jeweils an meiner Schule die Fächer Mangelfächer, die bei mir fehlen, und nicht die, die in irgendeiner Statistik als solche anerkannt werden. Insofern ist die unterschiedliche Eingruppierung außerordentlich unangemessen und auch ungerecht gegenüber den anderen Kollegen, die die gleiche Studiendauer gehabt haben.

Ein Zweites, das ist eine Bitte. Die Behörde kann nur das tun, was ihr von oben erlaubt wird. Aber wenn bei einem Einstellungsverfahren es so ungeheuer schwer ist, die Antwort darauf zu bekommen, ob denn dieser Kollege kommen will, dann wäre es vielleicht dienlich, wenn wir in Amtshilfe quasi die Telefonnummern erfahren könnten. Ich darf sie nicht erfragen, ich kann die Behörde verstehen, die mir das ablehnt. Ich finde es nur haarsträubend, dann warte ich 14 Tage, drei Wochen, die Zeit geht hin. Ich werde nervös, die Behörde, nicht wahr mit Recht, nimmt dann Anstoß an diesen Dingen.

*Vereinfachungen fangen  
praktisch an*

Warum diese Ohnmacht? Ähnlich wie das, was Sie vorhin gesagt haben, dass wir noch nicht mal der toten Kollegen gedenken können, weil irgendwelche seltsamen Vorschriften der Personendaten uns daran hindern. Also wenn wir von Vereinfachung sprechen, dann müssten wir sie ganz praktisch unten dort anfangen.

*Frau Behler*

Ich fange hinten an und greife das zuletzt Angesprochene auf. Sie sprechen die Komplikationen an. Ich kann das gut verstehen. Es treibt mich auf der anderen Seite auch manchmal fast zur Verzweiflung. Ich sage Ihnen aber mal, wie so etwas zu Stande kommt. Nicht, weil eine Ministerin nicht einsieht, dass das unsinnig ist, dass wir solche Regelungen haben. Aber wir haben im Augenblick den Fall im Land Nordrhein-Westfalen, in dem gegen das Ministerium geklagt wird, weil das Ministerium es selbstverständlich fand, dass auf gesetzlicher Grundlage von Lehramtsbewerbern die E-Mail-Adresse abgefragt wird, um schneller reagieren zu können. Dagegen wird geklagt, weil durch den Terminus Adresse in der gesetzlichen Ermächtigung nicht die E-Mail-Anschrift erfasst sei. Ich sage Ihnen das nur als ein Beispiel.

*Auch wir müssen mit viel Unsinn leben*

Ich könnte Ihnen Dutzende und Hunderte dieser Art nennen. Das führt dann natürlich dazu, dass wir im Rahmen solcher Verfahren, die ja rechtssicher sein müssen, gezwungen sind, Dinge einzuhalten, wo ich die Letzte wäre, sie zu verteidigen. Und das gleiche gilt für Telefonnummern und Ähnliches. Ich habe das nicht zufällig mit einem Erlass zum Lehrereinstellungsverfahren angesprochen. Ich könnte mir viele Dinge sehr viel einfacher vorstellen, aber ich kann nicht ein Gesetzgebungsverfahren zur E-Mail-Adresse machen, das dauert dann noch mal ein Jahr.

Ich sage das auch jetzt nicht, um Sie einfach zurückzuweisen, sondern auf der anderen Seite, um Sie um ein Stück Verständnis für Regelungen zu bitten, die wir auch nicht unbedingt immer sinnvoll finden. Wir haben das Gesetz zur Ermächtigung der Weitergabe von Daten natürlich zu einem Zeitpunkt gemacht, wo es noch keine E-Mail-Adressen gab, sie jedenfalls nicht verbreitet waren. Und wenn man für solche Entwicklungen dann jeweils neue Gesetzgebungsverfahren braucht - Sie wissen doch, was ein Gesetzgebungsverfahren an Zeit dauert - dann frage ich mich, ob das denn die adäquate Reaktion sein kann. Das sind ja allesamt Versuche gewesen, Dinge zu erleichtern. Wenn ich aber, ich sage es mal deutlich, die Zustimmung von Personalräten brauche und sie nicht bekomme, was soll ich denn dann in dem Zusammenhang machen? Das ist der eine Punkt, was Weitergabe von Daten angeht.

*Listen sollten aktuell sein*

Der 2. Punkt Bezirksregierung und absolut fehlende Aktualität von Listen. Die Kritik ist berechtigt, nach allem was ich weiß. Ich habe sie auch schon mit den Regierungspräsidenten besprochen, und ich kann Sie jetzt nicht mit einem Ergebnis konfrontieren, sonst hätte ich das vorhin schon vorgetragen. Aber ich sage Ihnen, das Anliegen, das sie formulieren, ist berechtigt. Wir versuchen das auch umzusetzen und zwar ziemlich kurzfristig.

Es gibt, das weiß ich, an einigen Bezirksregierungen Überlegungen, wie es gelingen kann, diese Verfahren zu aktualisieren. Das ist alles richtig. Das, was man da tun kann, was Sie auch an konkreten Vorschlägen haben zur Erleichterung, reichen Sie sie ein. Da können Sie

*Ausbildung in NRW und dann zurück nach Hamburg*

sicher sein, das interessiert auch mich persönlich. Und wir werden an der Stelle tun, was wir können, um zu Vereinfachungen zu kommen.

Ich will den Punkt des Referendars aus Hamburg ansprechen, den Sie, Frau Bredner, eben angesprochen haben, und gesagt haben, das sei dann auch eine Geldverschwendung an mancher Stelle. Ja, das war der Grund, weshalb wir uns 1998 eine gesetzlich Ermächtigung für den N.C. für Referendare haben geben lassen. Wir haben sie nicht genutzt im Ergebnis, weil es nicht notwendig wurde, wir haben das getan, weil Bayern und Nordrhein-Westfalen die beiden einzigen Länder waren, die die Referendarausbildung für alle Bewerbungen offen gehalten hatten. Und wir müssen das für alle Bundesländer tun, da steht uns nämlich das Grundgesetz im Wege. Wir können das nicht für Landeskinder alleine machen, weil das ausgereizte Bundesverfassungsrechtssprechung ist.

*Außer Kosten nichts gewesen*

Ich habe mich auch darüber geärgert, und ich habe immer die Argumentation vertreten, dass wir nicht auf Dauer die Ausbildung für die ganze Republik finanzieren können. Sie kommen alle zu uns, machen alle bei uns die Referendarzeit und anschließend gehen sie natürlich wieder, wenn sie denn Einstellungen woanders finden. Was ja auch menschlich verständlich ist. Nur wir haben die Kosten an der Stelle zu tragen. Bloß, ich sage Ihnen heute auch bei allem Ärger über meine Kollegen in anderen Ländern, da könnte ich noch viele Beispiele zu steuern, wenn wir es denn nicht getan hätten, was meinen Sie, wo wir denn dann heute stünden? Es ist nämlich ausgesprochen einfach für ein Land, das auch nicht so furchtbar weit von hier entfernt liegt, über vier Jahre praktisch nicht einzustellen und dann in einem Jahr nachzuholen und dann natürlich in den Nachbarregionen gezielt zu fischen und zu telefonieren.

*Manche Länder fischen in fremden Gewässern*

Das weiß ich auch, dass das passiert. Aber gucken Sie nach Niedersachsen, wie die Einstellungszahlen zwischen 1995 und 1998 dort gewesen sind, auch proportional zur Größe, und vergleichen Sie das mal mit Nordrhein-Westfalen. Da kommen Sie zu anderen Ergebnissen. Das Ärgerliche ist nur, dass in dem Jahr, wo Sie dann anfangen, es für ein solches Land natürlich leicht ist, jeweils die besseren Angebote zu organisieren. Sie haben ja auch vorher überhaupt nicht eingestellt. Wir haben im Laufe der letzten 5 Jahre in Nordrhein-Westfalen 26.000 junge Kolleginnen und Kollegen eingestellt. Das ist keine kleine Zahl.

*Präzisierung: Was sind Mangelfachkombinationen*

Englisch als Mangel, ich muss jetzt Herrn Acker fragen, der neue Lehrereinstellungserlass, den haben Sie noch nicht. Bei mir ist er dann immer schon weg, wenn ich ihn abgezeichnet habe, und dann ist er ja noch nicht veröffentlicht.

*A13 Stellen vorhalten, damit Laufbahnwechsel möglich ist*

Wir haben vorgegeben, Kombination von Mangelfächern, das ist nicht, um es deutlich zu sagen, Deutsch mit Physik, sondern das ist Physik mit Mathematik und meines Wissens auch Englisch mit Mathematik. Das ist eine Kombination von Mangelfächern. Ich hätte auch gerne nur A13 Stellen, ich hätte lieber noch nur A14 Stellen, das würde mir im Berufskolleg noch mehr helfen. Das ist überhaupt nicht die Frage. Bloß Sie und Frau Mitzlaff haben darauf ja hingewiesen, Sie haben auch in



den Kollegien diejenigen sitzen, die mit Lehramt für Sek. I und Sek. II auf eine A12 Stelle gekommen sind. Und für die wollen Sie auch Aufstiegsmöglichkeiten haben, den Aufstieg von A12 nach A13. Den Laufbahnwechsel möglich zu machen, das ist die Zweckbestimmung, der andere Teil der A13 Stellen.

Es ist ja leider kompliziert. Die Einstufung, die Quotierung, so und soviel A12 Stellen so und soviel A13 Stellen und so weiter. In dieser Quotierung sind wir als Land Nordrhein-Westfalen nicht frei, sondern dies ist über die Bundesbesoldungsordnung geregelt. Und jetzt kann man sagen, warum geben sie in Nordrhein-Westfalen auch Hauptschullehrern die Möglichkeit, nach A13 zu kommen. Da stecken nämlich auch A13 Stellen. Und das machen diese Länder, die Sie benennen, nicht. Aber ich habe auch im Hauptschullehrerbereich Konkurrenz inzwischen. Und die anderen Länder haben nicht mehr A13 Stellen als Nordrhein-Westfalen. Sie haben sie anders verteilt. Und bei uns im Gymnasialbereich gibt es einen Teil A13 Stellen jetzt wieder für die Neueinstellungen und der andere Teil geht in den Laufbahnwechsel, der geht nicht fort. Aber ich finde auch die Kolleginnen und Kollegen, die in diesen Schulen sind, sollen wenigstens zum Teil die Möglichkeit haben, nach A13 zu wechseln.

Das war im Übrigen die Diskussion, mit der hatte ich vor 3 Jahren im Wesentlichen zu tun. Wir sollten dafür Möglichkeiten schaffen, und ich kann mich gut erinnern, als ich damals gesagt habe, ich halte es für eher zumutbar, mit A12 anzufangen, aber dann die Möglichkeit zu haben nach A13 zu kommen, da bin ich in der Regel auf große Zustimmung gestoßen.

Da haben alle immer genickt, daraufhin haben wir das umgesetzt und haben gesagt, wir nehmen das für den Laufbahnwechsel nach A13 hin. Und jetzt heißt es, Laufbahnwechsel ist nicht so wichtig.

Also, Sie sagen sowohl Laufbahnwechsel A13 wie grundsätzliche Einstellungen in A13. Da muss ich Ihnen sagen, dass die Zahl der A13 Stellen halt nicht beliebig und frei ist. Das ist das Problem. Es reicht noch nicht mal, wenn ich mit dem Finanzminister alleine verhandle, weil es, wie gesagt, Vorgaben der Bundesbesoldungsverordnung gibt. Wir versuchen, auch daran zu kommen, um dieses zu ändern. Es wäre mir sowieso lieber, wir könnten das als Länder im Schulbereich alleine regeln. Die Bundesbesoldungsordnung, auch das habe ich schon mal gesagt, ist in der Regel nicht auf schulische Belange ausgerichtet, sondern auf inneradministrative Abläufe, die passen auf Schulen nicht.

Aber ich warte auch auf den Gesetzentwurf des Bundesministers des Inneren, um tatsächlich zu mehr Spreizungen zu kommen. Also ein Eingangsamt für den höheren Dienst, das würde uns ja schon helfen. Wenn der höhere Dienst zwischen A12 und A14 beginnen könnte, und wir das Problem bei den A12 Stellen mit dem Laufbahnwechsel nicht hätten, sondern sie normal aufsteigen könnten im Sinne des Beförderungsamtes, würde uns dies ja auch schon erhebliche Erleichterung schaffen.

*A13 Stellen auch in anderen Bereichen der Schulen*

*Damals war das eine zustimmungsfähige Lösung*

*Einstellung auf A13 und Laufbahnwechsel*

*Änderungen und Spreizungen bei den Eingangsämtern*

*Das heißt, auch ein höheres Maß an Ungleichheit zuzulassen*

Das bedeutet aber, dass wir bei den Einstellungen ein höheres Maß an Ungleichbehandlung haben. Das bedeutet nämlich im Zweifelsfall auch, dass man A14 Stellen zur Einstellung verwenden können muss, wenn man denn in der Konkurrenz zu anderen steht. Ich bin dafür, aber gegenüber den Kolleginnen und Kollegen in der Schule bedeutet das tatsächlich eine Ungleichbehandlung. Das muss man dann sehen, das ist natürlich eine Ungleichbehandlung, die es außerhalb des öffentlichen Dienstes in anderen Bereichen auch und in sehr viel größerem Maße gibt. Und ich bin dafür, dann etwas mehr an Ungleichheiten zuzulassen, um aber das System insgesamt weiterzuentwickeln. Das hilft nicht zum 01.02.2001. Ich sage das nur, um deutlich zu machen, ich und auch die Landesregierung bewegen sich hier nicht im luftleeren Raum. Wenn Frau von Mitzlaff sagt, sie wolle die Vertretungsreserve haben, um sie dann auch entsprechend pflichtgemäß und sogar vorbildlich einzusetzen, dann glaube ich ihr das: 1. dass sie es täte, 2. dass sie es könnte. Das heißt nicht, dass aus der Organisationsrationalität von Schulen heraus das automatisch überall so wäre.

*Noch einmal Vertretungsreserve*

Der entscheidende Punkt ist: Die Vertretungsreserve für nordrhein-westfälische Schulen würde bedeuten, neben allen Steigerungen, die wir wegen der Schülerzahlen haben, eine zusätzliche Lehrerstellenzahl von 5.600. Das können Sie ganz einfach rechnen. Und 5.600 Stellen werden wir über das hinaus, was wir für aufwachsende Schülerzahlen brauchen, nicht haben.

*Ein bisschen Nostalgie darf sein*

Ich hätte es auch gerne anders, ich hätte gerne in den 70er Jahren Politik gemacht, da konnte man rumfahren und fragen, wie viel Stellen hätten sie denn noch gerne. Das waren schöne Zeiten, die werde ich nicht mehr erleben, aber mein Nachfolger und meine Nachfolgerin auch nicht. Und die Diskussion ist überall dieselbe.

*Auch im schulischen Bereich gilt der Zusammenhang von Erkenntnis und Interesse*

Ich möchte noch mal unterstreichen. Ich bin ja auch für Hauptschulen und auch für Realschulen verantwortlich. Und ich finde es nicht falsch, auch an Hauptschulen Beförderungskorridore zu haben. Die betragen nur 10 % im Vergleich zu 40 % bei Ihnen. Aber dass es die überhaupt gibt, finde ich jedenfalls bildungspolitisch gerechter. Und das sage ich auch im Hinblick auf Nachbarländer, die nämlich den Preis der größeren Zahl der A13 Stellen am Gymnasium, natürlich nur dadurch erwirtschaften, dass sie das an der Hauptschule nicht haben. Das ist dann ein Austarieren unterschiedlicher Interessenlagen in einem begrenzten Rahmen.

Ich rate Ihnen, wenn ich darf, einmal in der Zeitschrift „Profil“ zu lesen. Sie wird herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Philologenverbandes, der sicher nicht im Verdacht steht, einer rot-grünen Regierung in Nordrhein-Westfalen aus irgendwelchen Gründen besonders verpflichtet zu sein.

*Ergebnisse einer Studie des Philologenverbandes*

Ein Artikel, auf der Seite 10 und 11 im Novemberheft, beschreibt die Versorgungssituation in den verschiedenen Ländern der Bundesrepublik Deutschland und kommt zum Schluss zu dem Ergebnis, von allen westlichen Flächenländern, ich kann es jetzt nicht wörtlich vorlesen, unter allen westlichen Bundesländern ist der Drang nach Nordrhein-

Westfalen wegen der dort vorhandenen besseren finanziellen Ausstattung für Lehrerinnen und Lehrer der vorherrschende. Und dann wird das ausgeführt, im Vergleich der verschiedenen Länder. Ich rate Ihnen, lesen Sie es nach, das ist der Vorsitzende des berufspolitischen Ausschusses des Philologenverbandes, der ist nun nicht verdächtig, von mir in irgendeiner Weise instrumentalisiert zu sein, und der schreibt aus einer bundesweiten Perspektive. Ich sage Ihnen das nur, weil die Diskussion in allen anderen Ländern genauso stattfindet. Und wenn ich die Zeitungen lese, und zwar egal ob aus Mainz, ob aus Hannover, aus Berlin oder sonst wo, die Diskussionen sind überall dieselben. Und jetzt können Sie natürlich sagen, die Minister und Ministerinnen sind immer irgendwie zu blöd, das mag ja nun auch so sein.

Politik ist immer leider auch ein Geschäft, das sehr stark durch Aktualität bestimmt wird. Ich bedaure das eher, weil da Gesichtspunkte von Nachhaltigkeit verloren gehen. Und ich nehme dann für mich in Anspruch im Vergleich zu anderen Ländern, dass es uns in etlichen Bereichen immer noch vorsichtig besser geht. Aber das kann kein Grund sein, sich zurückzulehnen, im Gegenteil, wir müssen natürlich auch Maßnahmen ergreifen. Und dann nützt es auch nichts, darüber zu jammern, was alles sein könnte wenn, sondern wir müssen uns auch auf dem vorhandenen Boden orientieren.

Und da sind eine Reihe von Maßnahmen auch verfügbar, die dann in der Tat nicht immer das Optimum organisieren helfen, aber Entlastung bringen wollen. Um diese Entlastungen werde ich mich bemühen, ich verspreche Ihnen sowieso nie ein Paradies auf Erden, aber das wissen Sie ja, das werden Sie auch nicht kriegen.

Ich frage noch einmal nach. Ein Gymnasiallehrer nach 12 Semestern bekommt eine Stelle an einer Hauptschule zugewiesen und wenn er die nicht annimmt, fällt er - bisher für 1 Jahr in Zukunft für 2 Jahre - aus dem Verfahren heraus. Da bitte ich doch um eine Antwort.

Entschuldigung, das habe ich auch vergessen. Wir haben in dem neuen Lehrereinstellungserlass vorgesehen, dass die Bewerber auch die Schulform in Prioritäten angeben.

Ja, und die Arbeitsbedingungen, die muss man sich im Einzelnen auch anschauen und die Arbeitsleistungen, die da zu erbringen sind. Ich stimme Ihnen nicht zu in der Aussage, dass generell Lehrer mit A12 zu schlecht bezahlt seien. Das ist was anderes, wenn wir über Angestelltenstatus sprechen. Ich bin da keine Anhängerin von Angestelltenbeschäftigungsverhältnissen, weil das dann in bestimmten Konstellationen zu einem sehr niedrigen Nettoeinkommen führen kann. Das ist was anderes, aber wir sprechen in der Regel ja von beamteten Lehrerinnen und Lehrern. Ich habe den Eindruck, dass vielen bei Gegenrechnungen mit Altersversorgung und allem, was daran hängt, nicht klar ist, was das auf dem freien Markt an Jahreseinkommen bedeutet.

Wir erwarten nicht das Paradies. Diese Rechnungen, die Sie uns aufmachen, sind für uns einsehbar. Aber die jungen Kolleginnen und Kol-

*Politik ist ein von  
Aktualitäten bestimmtes  
Geschäft  
oder  
nicht alle Kultusminister  
können zu gleicher Zeit blöd  
sein, statistisch gesehen*

*Verpflichtung zur Angabe  
von Prioritäten bei der  
Schulform*

*A12 ist nicht gleich BAT III*

*Frau Berg-Ehlers*

legen, die machen ganz einfach die Rechnung auf: öffentlicher Dienst o.k., A13 von Hamburg bis Bayern. Warum soll ich dann für A12 nach NRW?

Eine Pikanterie und ein Hinweis am Rande: Länder, die durch den Länderfinanzausgleich von NRW alimentiert werden, ich denke z.B. an so ein großes Land wie Bremen, stellen ihrerseits zu A13 ein.

*Frau Behler*

Ich habe neuerdings gelernt, dass diese Länder das ja sogar im Grundschulbereich als Option machen. Und jede Änderung bundesweit scheidet dann am Anspruch Hamburgs und Bremens.

*Herr Hermsen, Städt.  
Gymnasium Haltern*

Sie haben eben gesagt, Vertretungsreserve wäre vielleicht ganz sinnvoll, aber wir haben nicht das Geld dafür. Ich denke, dann müssten Sie auch so ehrlich sein und sagen, die Schulen können den Unterrichtsausfall, der durch Krankheiten und durch andere Dinge entsteht, nicht ersetzen.

*Geld statt Stellen ist kein  
Ersatz für die  
Vertretungsreserve*

Den Eindruck zu erwecken, das ginge ohne eine Vertretungsreserve und allein mit dem Instrument Geld statt Stellen, der ist einfach falsch. Das kann so nicht gehen. Und dann darf man politisch nicht so tun, als ob die Schulen in der Lage wären, das irgendwie zu regeln. Viele unserer Kollegen sind ja bereit - auch um des Faches willen - in diesen Situationen, wo Kollegen plötzlich erkrankt sind, Überstunden zu leisten. Deswegen verstehe ich es nicht, wie eine Behörde hingehen und noch mal einschärfen kann, dass es z.B. keine Kollegiumsausflüge an einem ganzen Tag geben soll.

*Schärfe an falscher Stelle  
bringt Unmut*

Ich verstehe das überhaupt nicht, weil es nämlich nur Unmut bildet. Es hat überhaupt keinen Sinn. Es gibt nur Unmut in den Kollegien, es wäre gerade sinnvoll, die Kollegen, die schon über die Maßen arbeiten, auch insofern zu belohnen.

*Keine erkennbare  
Nachhaltigkeit in vielen  
Erlassen  
z.B. Zusatzprüfung*

Sie haben von Verstetigen gesprochen. Es wurde früher immer von Nachhaltigkeit gesprochen. In manchen Dingen, die Sie heute hier vorgebracht haben, habe ich den Eindruck, dass das gerade nicht der Fall ist. Dass gerade etwas, was gerade ein Jahr läuft, schon wieder über Bord geschmissen wird. Und man sagt ja, Nachhaltigkeit, das war mal, das machen wir aber nicht. Sie müssen sich auch mal die Situation vorstellen. Wir haben die Zusatzprüfung. Wir hatten in diesem Jahr einen einzigen, der sie gemacht hat. Das wird jetzt sozusagen über Bord geschmissen. Der psychologische Effekt dabei ist doch der, dass man sagt, na ja, was da kommt, ob das Gültigkeit hat, das ist ja noch die Frage. Ich warne vor solchen vorschnellen Reaktionen und davor, etwas einzuführen, wo man nicht genau darüber nachgedacht hat, ob man das auch tun will. Ähnlich geht es mit der OVP.

*Herr Schlotmann,  
Philologen-Verband  
Stufenlehrerausbildung*

Vier Bemerkungen

Kein Mensch zwingt uns in Nordrhein-Westfalen dazu, die Stufenlehrerausbildung zu halten, und keiner hat uns gezwungen, sie einzuführen. Andere Bundesländer haben sie nicht. Und wenn Gymnasiallehrer als solche ausgebildet, in den Höheren Dienst kommen, dann hindert

uns niemand daran, es so festzulegen. Es ist eine politische Setzung und nicht eine vom Bund vorgegebene Verpflichtung.

Die Personalräte der verschiedensten Schulformen haben natürlich aus den verschiedensten Perspektiven auch gegen diesen Einstellungserlassentwurf votiert und in Gesprächen versucht, ihn zu ändern, zumindest zu mildern. Der Widerstand richtete sich im Wesentlichen gegen drei Vorhaben:

- Ø Dass kein Bewerber mehr eine Schulform ablehnen konnte. Das ist insofern gemildert worden, als jetzt zumindest eine Rangfolge angegeben, aber keine Schulform ausgeschlossen werden kann. Das Ärgernis bleibt immer noch.
- Ø Gegen die vorgesehene Sperre bei Ablehnung eines Angebotes und zwar als eine Ausweitung der bisher bereits praktizierten Sperre.
- Ø Gegen die vorgesehene Konventionalstrafe bei Nichtantritt eines Angebotes nach Zusage. Die Veränderung des Dienstrechts auf Bundesebene geht ja auf nordrhein-westfälische Initiative zurück. Die sogenannte Ämterspreizung oder Flexibilität der Eingangsbesoldung verschleierte euphemistisch einen Versuch, grundsätzlich im höheren Dienst nach A12 einzustellen, um damit irgendwann einmal den ganzen höheren Dienst um eine Stufe abzusenken.

Gestatten Sie eine 4. Bemerkung zum Artikel in „Profil“. Im Profil steht ein Namensartikel. Ein Namensartikel bedeutet nicht Stellungnahme des Verbandes, sondern er bedeutet persönliche Stellungnahme, persönliche Recherchen. Dieser Artikel wird in der nächsten Zeitung durch entsprechendes neues Material sicherlich widerlegt werden, denn die Erfahrung, die Sie heute aus diesem Raum mitnehmen können, ist eine andere, und das Material, das in diesem Artikel verwendet worden ist, ist nachweislich überholt.

Eine Nachfrage zu der Einstellungspraxis. Ich kann meinen Eltern nicht mit der Antwort kommen, die Bundesbesoldungsordnung verbietet, so einzustellen wie die anderen Länder, denn die haben nicht mitbekommen, dass in den letzten 4 Jahren die Bundesbesoldungsordnung geändert worden ist. Vorher war es möglich, das Eingangsamt für A 13 einzustellen. Sie sind nicht eingegangen auf meine Frage, wie Sie aktuell auf die Konkurrenz der umliegenden Länder reagieren wollen. Sie haben mit Recht gesagt, Politik ist das Geschäft der aktuellen Handlung.

Das Zweite noch dazu, die Neueinstellungen erfolgen ja noch nicht einmal als Beamte, sondern für BAT III ein Jahr als Angestellte zur Bewährung, und dann können sie die Probezeit beginnen. Ich habe zwei davon.

Also Neueinstellungen gibt es, wenn es Vorgriffsstellen sind, im Angestelltenverhältnis für ein Jahr mit Überleitung in das Beamtenverhältnis. Ansonsten reden wir über die Neueinstellung im Beamtenverhältnis. Da sind Sie im Irrtum Frau Bredner.

*Stichwort Einstellungserlass*

*Keine Ablehnung der Schulform*

*Sperre bei Ablehnung*

*Konventionalstrafe bei Nichtantritt*

*Frau Bredner*

*Einstellungspraxis*

*Frau Behler:*

*Konkurrenz der Länder*

Und was die Konkurrenz der anderen Länder angeht, das habe ich vorhin vergessen, was es da angeblich im Norden an Absprachen gibt. Ich habe das Entsprechende eingebracht in die Kultusministerkonferenz am Donnerstag. Der Präsident hat das übernommen. Jetzt bin ich mal gespannt, ob die anderen Länder sich auf solche Verabredungen einlassen.

Im Zweifelsfall wird sich auch Nordrhein-Westfalen zu wehren wissen. Das werden wir schon hinkriegen. Aber besser ist es, man trifft gemeinsame Verabredungen dazu.

*Ämterpreizung, um  
Beweglichkeit zu gewinnen*

Zur Ämterpreizung auf nordrhein-westfälische Initiative hin. Die Dienstrechtsreform im Lehrerbereich umfasste nach meiner Erinnerung nicht die Frage der Ämterpreizung. Ich weiß nicht, ob es an anderen Stellen solche Initiativen gegeben hat. Ich finde sie aber vernünftig, und zwar nicht um insgesamt abzusenken, sondern um innerhalb eines Korridors mehr Möglichkeiten zu haben. Ich würde es nicht politisch unterstützen, wenn es zur Absenkung führte, sondern nur zu einer größeren Breite zwischen A12 und A14 im höheren Dienst mit der Möglichkeit, im Eingang zwischen A12 und A14 sich zu verhalten. Dann finde ich es aber auch vernünftig, und darum hätte ich es aber auch gerne.

*Stufenlehrausbildung ist  
überholt*

Die Stufenlehrausbildung ist nun in den 80er Jahren eine politische Setzung gewesen. Ich dachte, ich hätte das hinreichend deutlich gemacht und ich habe, glaube ich, die Formulierung gebraucht, dass die reine Stufenlehrausbildung sich jedenfalls überlebt hat, weil sie nicht realistisch ist.

Die Änderung einer solchen Lehrerausbildung hätte ich gerne in der letzten Legislaturperiode gemacht. Wir haben sie schlicht nicht auch noch geschafft. Es war ja nicht so wenig, was ansonsten gemacht worden ist. Wir werden sie jetzt machen.

*Zusatzprüfung*

Ich fand es richtig, die Zusatzprüfung zu ändern. Ich habe sie nicht verteidigt, als wir sie eingeführt haben, sondern das war ein politischer Preis. Das ist allgemein bekannt. Und wenn man sie dann ändert und die Möglichkeiten bestanden über die Koalitionsverhandlungen, dann fände ich es in der Tat unsinnig, sie, nur weil sie einmal eingeführt worden ist, auch zu lassen.

Ich habe immer gesagt, ich glaube nicht, dass das die großen Zahlen erreichen wird. Und nach unserer Umfrage bei der Bezirksregierung war das auch nicht so. Aber sie ist ein falsches Symbol, und deshalb wollte ich sie weghaben.

*Kollegiumsausflüge und ihre  
Außenwirkung*

Bei den Kollegiumsausflügen, da bitte ich Sie sehr ernsthaft darüber nachzudenken, da geht es nicht um Schikanen einer Schulaufsicht und auch nicht um Schikanen eines Ministeriums oder einer Ministerin. Aber denken Sie doch bitte jeweils an die Außenwirkungen. Das ist doch nicht etwas, was die Ministerin alleine auf sich ziehen kann, auch nicht sollte, finde ich. Auch wenn sie es täte, würde es nicht helfen. Die Außenwirkung ist doch in Wirklichkeit das Problem bei Kollegiumsausflügen. Sie glauben gar nicht, was ich dazu für Post bekomme, die ich

zurückweise. Ich möchte Sie bitten, daran zu denken, dass es in Bereichen außerhalb der Schule wenig Verständnis dafür gibt, dass es neben der unterrichtsfreien Zeit dann auch Kollegiumsausflüge während der Unterrichtszeit geben muss.

Ich habe mich ja entschieden bei der Fortsetzung der Schulprogramm-arbeit und das ist mir nicht leicht gefallen: Schulen können jeweils bis zu einem Tag pro Halbjahr die Zeit nutzen, um Schulprogramme weiterzuentwickeln. Ich halte das unter der Voraussetzung für wichtiger, dass sie das dann auch argumentativ umsetzen. Es gibt erfahrungsgemäß damit keine Probleme, wenn Eltern in die Arbeit eingebunden werden und wenn an der Schule deutlich gemacht wird, dass das etwas für die Entwicklung der Schule Wichtiges ist.

*Zeit für die Arbeit am Schulprogramm*

Zu dem Thema Unterrichtsausfall durch Krankheit. Beim Unterrichtsausfall an den Schulen, das haben alle Untersuchungen gezeigt, gibt es jeweils sehr unterschiedliche Ursachen. Und wenn an einer Schule in einem Fach, an dem Sie ohnehin hart an der Grenze sind oder unterversorgt sind, dann noch ein oder zwei Kolleginnen und Kollegen ausfallen, dann kriegen Sie das fachlich selten gelöst. Da führt auch gar kein Weg dran vorbei. Ich wäre auch die Letzte, die was anderes behauptete. Natürlich gibt es Situationen, wo Sie bei längeren Erkrankungen und dann wohlmöglich noch gehäuft, auf dem Markt keine Leute finden.

*Unterrichtsausfall durch Krankheit*

Vor drei oder vor zwei Jahren war die Diskussion andersrum. Da hieß es, das Geld ist erschöpft, sie müssen uns dringend Geld geben. Dann haben wir das Geld erhöht, jetzt gibt es die Leute nicht mehr. Das sind unterschiedliche Reaktionen auch am Arbeitsmarkt. Aber ich wäre die Letzte, die behauptete, dass Unterrichtsausfall generell zu vermeiden sei, das geht nie. Und das wäre auch falsch, mit einem solchen Anspruch anzutreten. Da haben Schulleitungen ihre Verantwortungen, das in diesem Sinne dann auch so gut wie möglich zu organisieren.

Aber es gibt neben dem Unterrichtsausfall aus Krankheitsgründen, der prozentual einen geringeren Anteil ausmachte als immer geglaubt, auch Unterrichtsausfall, der hausgemacht ist. Nicht mit böser Absicht, ich will das deutlich sagen, das unterstelle ich überhaupt niemandem. Das ist überhaupt nicht böse Absicht. Aber wenn zwei Schulen mit derselben Schulform, mit vergleichbaren Schülerzahlen und vergleichbarer Lehrerausstattung und vergleichbarer Krankheitsquote extrem unterschiedliches Maß an Unterrichtsausfall produzieren, dann liegt das nicht mehr an der Krankheitsquote, sondern an anderen Faktoren.

Und dann ist die Frage: Wie geht man mit einem solchen Ergebnis um? 1. Verschweigen kann man es nicht; 2. ein Katastrophengeheule anzustimmen, ist auch falsch. Sondern dann muss man sagen, dass die eine Schule offensichtlich Beratung braucht, um anders zu organisieren. Damit wird auch sie nicht unbedingt auf Null kommen, aber einen Unterschied zwischen, (wie wir es vorgefunden haben), zwischen 3% und 10%, ist schon ein bemerkenswerter Unterschied. Da kann doch auch keine Schulleitung ernsthaft sagen, dass ihr da ein Tort angetan wird,

*Beratung statt Klage*

*Unterrichtsausfall ist wenig geeignet für „Schwarzer Peter Spiele“*

wenn dann gesagt wird, daran müssen wir arbeiten, da muss es Veränderungen geben.

Und ich erlebe immer noch beim Unterrichtsausfall ein Schwarzer Peter Spiel, das mich dann auch ärgert, das will ich dann auch ansprechen. Wenn ich morgens in der Tageszeitung lese, dass an einer Schule wegen Krankheit der Unterricht nun nicht mehr organisiert werden kann und zu den unglaublichsten Hilfsmitteln gegriffen werden muss, und ich mir dann die Unterrichtsverteilung anschau und feststelle, da gibt es an der Schule 4 Klassen, die eine Klasse hat 19, zwei Klassen haben 20 und eine Klasse hat 21 Schüler, dann fehlt mir das Verständnis. Hier kann ich aus den vier Klassen bei vertretbarer Klassengröße drei Klassen machen können. Dann hätte ich schon 30 Lehrerwochenstunden mehr gehabt. Das sind dann die Dinge, die ärgern mich auch. Nun mag es ja sein, dass die Schulleitung an dieser Stelle aus gutem Grund so und nicht anders entschieden hat, das mag ja durchaus sein, auch das muss ich im Zweifelsfall akzeptieren. Bloß dann geht es nicht, dass dieselbe Schulleitung sich hinstellt und sagt, es ist unverantwortlich, und das Ministerium, die Ministerin, persönlich haftbar für diesen Unterrichtsausfall bei uns an der Schule sind.

*Verantwortung klären und erklären*

Im Übrigen habe ich es mir für die Oberstufe auch noch angeguckt und da waren Unterrichtsstunden in gleichem Umfang vertretbar. Auch da kritisiere ich nicht unbedingt die Kursbildung, die mag verantwortlich sein. Bloß dann bitte ich doch darum, dass die Konsequenzen aus einer solchen Kursbildung auch in eigener Zuständigkeit von den Betroffenen selbst vertreten werden.

Ich nehme schon das auf mich, wo ich die Verantwortung habe, und da lasse ich mich auch im Zweifelsfall für beschimpfen. Aber ich muss auch die Möglichkeit haben, darauf zu verweisen, dass es Entscheidungsspielräume gibt, die von den Schulleitungen so und anders genutzt werden. Mein einziges Petition an der Stelle ist, dass dann diese Entscheidung auch tatsächlich von der Schulleitung verantwortet wird und nicht auch noch die Konsequenzen der Ministerin zugeschoben werden. Das möchte ich doch also bitte formulieren dürfen.

*Auch der Arbeitsmarkt und die Studienwahl unterliegt Moden*

Ich möchte den letzten Punkt noch bitte ansprechen, weil der eine Rolle in Verbindung mit Kollegiumsausflügen, Lehrernachwuchs, Studierenden usw. spielt. Es gibt immer Zeitgeistentwicklungen. Und in den 70er Jahren sind viele, zu der Zeit gehörte ich ja auch, in die Schulen gegangen. Auch weil es viele taten, und weil wir damit bestimmte Vorstellungen in der Entwicklung verbunden haben. Es war sozusagen eben auch „in“, und es war ein ganz selbstverständlicher Berufsweg für sehr viele.

Heute ist der Zeitgeist ein ganz anderer. In den 90er Jahren ist das gewandert von Jura über die Betriebswirtschaft, jetzt zu den neuen Technologien. Da gibt es auch immer andere Moden, die auf Bedarf am Arbeitsmarkt reagieren.

*Der Lehrerberuf wurde auch kaputt geredet*

Aber, dass wir ein Problem in der Nachwuchsgewinnung haben, hängt auch damit zusammen, dass insgesamt über den Lehrerberuf, und das sage ich jetzt insgesamt und sehr bewusst, von allen Beteiligten in der



Regel nur als einem defizitären gesprochen wird. Das heißt nicht, dass man über Defizite im System nicht sprechen soll. Ich bitte Sie, das nicht in dieser Weise zu verarbeiten. Aber wenn man nur das tut und immer nur auf das verweist, was nicht geht, und immer nur darauf verweist, dass in diesem System immer andere Schuld sind, und man nur darauf verweist, dass das alles ganz schrecklich ist, weil die Kinder schrecklich sind, weil die Eltern schrecklich sind und weil die Kollegen schrecklich sind. Und wenn die Eltern zu Hause am Mittagstisch nur darüber reden: Was hat dein Mathelehrer gesagt? Na ja, um den brauchst du dich ja sowieso nicht zu kümmern, den fand ich auch schon doof beim Elternsprechtag. Und wenn der Rundfunkmoderator sagt, ich hatte auch eine 5 in Mathe, Frau Behler, aber was machen Sie denn jetzt für die Mathematiklehrer in der Zukunft, jetzt wo die Kinder so schlecht sind? Der hat ja die Botschaft übermittelt, es kommt ja eigentlich nicht darauf an, ich bin trotzdem Moderator geworden. Ich nenne nur diese Beispiele, um deutlich zu machen, dass es auch eine Frage der Kommunikation über die einzelnen Beteiligten ist und das kann nicht eine Ministerin alleine. Ich habe ja meinen Erfahrungen damit gemacht, wann und wo und wie häufig ich über den Lehrerberuf positiv geredet habe. Das war in der Regel keine Schlagzeile. Und es war es nicht wert, überhaupt einen Artikel dazu zu bringen. Es müssen auch die Beteiligten tun, wenn wir nicht insgesamt positiv über das System sprechen, werden wir das nicht ändern.

Ich meine das sehr, sehr ernst und das kriegen wir nur hin, wenn das die Beteiligten gemeinsam machen. Wir haben auch dazu eine Arbeitsgruppe. Ich bin sehr dafür, das mit den modernen Mitteln des Zeitgeistes zu machen, auch mit Imagekampagnen und allem. Bloß diese werden nur tragen, wenn das ein Fundament hat bei den Beteiligten. Die Stimmung, die Sie verbreiten, ist wichtig und dabei sind Sie wichtige Multiplikatoren. Ich bitte Sie doch einfach darum, neben der notwendigen Kritik auch das zu verbreiten, was in dem Beruf schön ist, und davon gibt es eine ganze Menge weiterhin. Darum bitte ich Sie sehr, und jetzt muss ich nach Düsseldorf.

Viel Vergnügen

## **Aussprache zur Rede von Frau Ministerin Behler**

*Frau Dr. Berg-Ehlers:*

*Lehrer, Lehrer, Lehrer*

Herzlichen Dank Frau Behler, Sie haben uns am Schluss sehr geschickt am Portepeee gefasst.

Vor allen Dingen sei Ihnen noch einmal noch mal das Problem der Lehrereinstellung ans Herz gelegt. Es brennt uns hier allen auf den Nägeln, und wir rechnen fest darauf, vor Weihnachten noch etwas von Ihnen zu hören. Danke!

Wenn wir Wunschzettel aufstellen dürften, wir würden es sehr gerne tun. Ich glaube, nach der heutigen Diskussion wüssten wir, was drauf stünde. Lehrer, Lehrer, Lehrer. Was in der Diskussion noch nicht angesprochen worden ist, betrifft den ganzen Bereich der Oberstufe und was auf uns im Zusammenhang mit der Veränderung der APO-GOST zukommen wird. Ich nenne nur den Begriff der Schulzeitverkürzung und alles, was damit zusammenhängt. Und dafür ist der Experte zuständig, wie immer Herr Dr. Acker.

*Herr Dr. Acker:*

In der Tagesordnung heißt es an dieser Stelle: „Fragen und Antworten“. Bevor man antworten kann, muss man erst gefragt werden. Ich nehme mal an, dass die von Frau Berg-Ehlers genannten Problempunkte dabei im Vordergrund stehen.

*Grundschulempfehlungen*

Grundschulempfehlungen, das ist ja eine der Innovationen. Hier, denke ich, wird es keine großen Zweifel geben. Wir haben in dem Verordnungsentwurf, der jetzt im Landtag liegt, noch einmal die Verpflichtung verstärkt. Ursprünglich hieß es ja, der Schulleiter kann bei abweichender Empfehlung die Eltern zu einem Gespräch einladen. Jetzt muss er es tun. Das sind auch Wünsche gewesen, die aus der Direktorenschaft gekommen sind.

*Zusatzprüfung*

Die Zusatzprüfung ist ja gerade schon erwähnt worden und auch hinlänglich diskutiert. Dazu müssen wir wahrscheinlich auch nichts mehr sagen. Sie fällt nach dem Entwurf, der im Ausschuss liegt, jetzt schon zum Versetzungstermin Ende dieses Schuljahres weg. Das setzt allerdings auch voraus, dass wir im Januar einen Beschluss des Ausschusses für Schul- und Weiterbildung dazu bekommen. So ist die Planung. Die anderen Termine hat Frau Ministerin Behler ja schon erwähnt. Wir haben also, was die Oberstufenbedingungen und die Profilbildungen angeht, noch etwas Zeit und können noch Einiges diskutieren.

*Oberstufenregelungen*

Ich glaube, auch aus Ihrem Kreise ist ja bei den Stellungnahmen der Wunsch geäußert worden, hier nicht ad hoc die Schulen zu schnell mit veränderten Bedingungen, die ja auch auf der Ebene des Lehrereinsatzes Konsequenzen haben, zu überfallen. Das ist politisch so verstanden worden, dass wir jetzt einen gewissen Zeitraum haben, damit wir dieses dann in die Planungen, die die einzelnen Schulen vornehmen, mit einbeziehen lassen. Im Bereich der Oberstufe sind es ja zwei Punkte, die wir zu berücksichtigen haben. Einmal soll die Neubindung eingeführt werden, dass jeder Schüler in der Oberstufe entweder zwei

Naturwissenschaften inkl. Mathematik oder Technik oder zwei Fremdsprachen belegen muss.

Diese Regelung ist entstanden, einmal aus der Analyse des Wahlverhaltens der Schülerinnen und Schüler. Diese hat deutlich gemacht, dass wir bei den Zweitnaturwissenschaften Physik/Chemie, aber auch bei der Informatik, wenn z.T. auch aus anderen Gründen, die nicht die Lehrerversorgung betreffen, eine relativ schwache Belegung in der Oberstufe haben. Das gilt auch für die Belegung der zweiten Fremdsprache. Beide Pflichtbedingungen wollen aber im Sinne einer Qualitätssteigerung doch auch die Schülerinnen und Schüler dahin bringen, dass sie hier stärker profiliert ausgebildet werden.

Der Sinn dieser Bindung liegt in einer solchen Zielsetzung, die kaum gesellschaftlich bestritten werden kann. Mit einer Fremdsprache alleine, auch mit Englisch, kommt man heute kaum noch aus. Wir haben auf der anderen Seite unterschiedliche Talente und Begabungsrichtungen innerhalb der Schulen, insofern auch die Aufforderungen, wahlweise, wenn die Schüler und Schülerinnen nicht in diese Richtung gehen wollen, sich auf eine zweite Naturwissenschaft oder auf Informatik zu konzentrieren.

Das hat natürlich Konsequenzen auch für die Lehrerversorgung. Das ist uns schon bewusst. Und gleichwohl wird man über die Notwendigkeit dieser Verpflichtung selbst kaum in Streit geraten können.

Neu ist auch eine Aussage, die sich aus der Koalitionsvereinbarung und der Regierungserklärung ergibt, dass die Schulen in der Oberstufe in Zukunft Profile bilden sollen. Profile in den Bereichen Fremdsprachen, Naturwissenschaften, Technik, Gesellschaftswissenschaften, Wirtschaft, aber auch im musisch-ästhetischen Bereich. Dies ist im Grunde eine Folge, die sich aus den Entwicklungen im Bedingungsgefüge der Oberstufe in den letzten Jahren ergibt. Es sind, das mag man bedauern oder nicht, die Pflichtbedingungen in den letzten Jahren sukzessive immer wieder erhöht worden. Sei es nun auf Grund gesellschaftlicher Entwicklungen, wie das hier der Fall ist, oder auf Grund von Entwicklungen in der Kultusministerkonferenz, die die Abwahl von Deutsch, Mathematik und der 1. Fremdsprache gegen Null geführt hat.

Es ist dann doch an der Zeit, zu überlegen, ob dieses Oberstufenfächerangebot, das weitgehend auf einem Modell der frühen 70er Jahre beruhte, weiter beibehalten werden sollte.

Das scheint wohl zunehmend weniger durchhaltbar zu sein, so dass die Schulen hiermit jetzt aufgefordert werden, in den nächsten Jahren im Rahmen der Schulprogrammentwicklung zu überlegen, in welche Richtung sie denn in der Profilbildung gehen wollen. Profilbildung kann bestehen in Fächerbindungen, die die Schulen selbst aussprechen.

Man kann Kombinationen von Grund- und Leistungsfächern vornehmen, um bestimmte Ausbildungsrichtungen zu verstärken, im Bereich der Fremdsprachen, im Bereich der Mathematik, der Naturwissenschaften oder auch der anderen gerade genannten Bereiche. Man wird

*Neue Belegpflichten in den Naturwissenschaften und den Sprachen*

*Stärkere Profilierung durch höhere Pflichtbindungen*

*Verpflichtung zum Profilierung*

*Die Oberstufenreform der 70er Jahre ist tot*

*Profilbildung nicht nur durch  
Kopplungsmodelle*

gut daran tun, die neuen Pflichtbindungen, die wir diskutiert haben, in diese Profibildungsüberlegungen mit einzubeziehen.

Wir haben aber auch in Vorüberlegungen es für möglich gehalten, dass es nicht ausschließlich Fächerkoppelungen sein müssen, sondern dass wir auf eine Vielzahl von Profilmustern zurückgreifen können, die in den Schulen jetzt schon existieren. Sie bestehen beispielsweise in der Bindung von zusätzlichen Aktivitäten an Leistungskurse im Bereich der Mathematik, wo eine Reihe von Schulen schon Partnerschaften zur Vertiefung des Unterrichts mit Hochschulen, mit Wirtschaftsunternehmen haben. Dadurch bieten sie Ihren Schüler/Innen, die in diesen Kursen sitzen, eine Intensivierung ihrer Ausbildungsrichtung an. Ähnliches kann man für den Bereich der Fremdsprachen sagen.

*Bilingualität*

Wir haben das bekannteste Modell in der Profilierung im Bereich der bilingualen Schulen, wo Fächerbindungen dieser Art schon lange bestehen. Es ist in der Verordnung auch ausdrücklich zugelassen und vorgesehen worden, dass ein in der Fremdsprache unterrichtetes Sachfach diese zusätzlichen Fächerbedingungen bei der Fremdsprache erfüllen kann.

Hier bieten sich also eine Vielfalt von Möglichkeiten an, die Profile in den Schulen in einem bestimmten Rahmen selbst zu definieren. Wir sind hier auch nicht an einem Ende dessen, was Profilbildung ist, sondern wollen jetzt in einer nächsten Stufe sehen, dass wir Profilbeispiele zusammenfassend für Schulen in einer Empfehlung anbieten. Wir sind aber auch offen, über Profilbildungen anderer Art zu sprechen. Das Endergebnis wird nur sein, dass im Grunde dieses Modell der freien unstrukturierten Fächerwahl faktisch aufgegeben wird.

Am Endpunkt der Verordnung wird jeder Schüler in eine Profilrichtung der Oberstufe eingeordnet, die mit den Überlegungen für die Sek. I abzustimmen ist. Es sind also grundsätzliche Überlegungen zu treffen, die im Rahmen der Schulprogrammentwicklung der einzelnen Schulen dann auch umgesetzt werden müssen. Wir werden in den nächsten Jahren, noch eine gründliche Diskussion dazu führen. Ihnen obliegt allerdings jetzt schon die Aufgabe, für sich im Rahmen dieser Verordnungen Möglichkeiten zu überlegen, in welche Richtungen Sie selbst gehen können.

*Herr Fritz, Brilon  
Grundschulgutachten*

Es geht um die Einschulung unserer Fünftklässler und das Gewicht des Gutachtens bzw. der Beurteilung seitens der Grundschulen. Das, was Sie gesagt haben, habe ich in meiner Zeit ohnehin immer praktiziert. D.h., wenn ich Gutachten bekam, die ein „Vielleicht“ ausdrückten oder nicht die Schulform Gymnasium/Gesamtschule auswiesen, habe ich die Eltern persönlich angerufen oder angeschrieben und ein Gespräch angeboten und sie dringend darauf hingewiesen, der Empfehlung der Grundschule zu folgen. Übrigens haben alle Eltern seit der Neuerung auch ihre Empfehlung, die sie von der Grundschule bekommen haben, vorgelegt, als ich sie darum bat. Gleichwohl bleibt es dabei, 10% bis 15% der Eltern beharren darauf, es doch mit dem Gymnasium zu versuchen. Ich finde das nicht gut, und ich wünschte mir, wir würden weitergehen, als das, was Sie gesagt haben. Denn, dass nun künftig die-

ses Gespräch eine Pflicht wird, ist das, was die Kollegen weithin ohnehin schon praktizieren.

Die Grundschulempfehlung in ihrer Eindeutigkeit, so wie sie heute vorgeschrieben ist, ist sicherlich in Ordnung. Das ist zu begrüßen. Was offen bleibt ist, dass sie trotzdem unverbindlich ist. Das Beratungsgespräch kann ich erzwingen, auf Grund der neuen Rechtslage. Aber Sie wissen auch, Herr Dr. Acker, dass es viele beratungsresistente Eltern gibt, wie wir so schön sagen, die kümmern sich nicht darum. Und wenn ihr Kind gerade eben in der Grundschule die Versetzung aus der Klasse 4 in die Klasse 5 bekommen hat, dann tauchen sie mit einem Zeugnis auf, von dem man, ohne das Kind zu kennen, sagen kann, das kann im Gymnasium nicht zurecht kommen. Es geht hier nicht darum, irgendwelche Kinder abzuweisen, sondern es geht darum, aus unserer Sicht Kinder vor einer falschen Schulformwahl und damit vor frustrierenden Erlebnissen zu bewahren und auch darum, vor Eltern zu schützen, die nicht in ihrem Sinne handeln.

Ich war vorhin etwas irritiert. Frau Behler hatte, glaube ich, den Eindruck, der Wegfall der Zusatzprüfung werde von einigen bedauert. Ich habe noch keinen gefunden, der es bedauert hat. Ich denke schon, dass das eindeutig begrüßt wird.

Eine fachliche Schwerpunktsetzung, zwei Naturwissenschaften oder zwei Fremdsprachen in der Profilbildung in der Oberstufe, toll. Aber wo bekommen wir die Lehrer her? Genau da beißt sich die Katze wieder in den Schwanz und da sind wir beim Thema, das wir heute morgen schon hatten. Uns fehlen genau diese Lehrkräfte, und wenn wir den Unterricht in den Fächern noch verstärken, fehlen uns noch mehr. Wo bekommen wir sie her?

Das schließt genau an die letzte Bemerkung von Herrn Schlotmann an, wenn ich darf. Ich versuche zusammen zu bringen, was wir heute morgen bei Frau Behler gehört haben, und das, was jetzt als Forderung noch einmal auf den Tisch kommt. Die Verstärkung genau der Bereiche Fremdsprachen und Naturwissenschaften, für die die Lehrer knapp oder gar nicht da sind. Und ich denke, wenn ich Bilanz ziehe, was wir heute morgen und jetzt gehört haben: es ist kein Millimeter mehr zugesagt worden, an A13 Stellen.

Ich denke, dass wir die Ministerin auch unterstützen müssen in ihren Gesprächen, die sie mit anderen führen muss. Sie sprach von Bundesbildungskonferenz, von Länderkollegen usw.. Ich weiß, dass der Vorstand schon mal überlegt hat, ob nicht eine Resolution zum Lehrereinstellungsverfahren in dieser Runde möglich ist. Denn eins will ich sagen, ich quäle mich mit dem Schulprogramm. Ich weiß, bis Silvester soll ich es fertig haben, und dann kommt die nächste Auflage. Ich werde nicht wieder für den Papierkorb schreiben, wenn es die Lehrer gar nicht gibt. Ich bin nicht mehr bereit dazu.

*Herr Schlotmann:*

*Die Pflicht zur Beratung beinhaltet eben nicht das Recht zur Zuweisung einer Schulform*

*Zusatzprüfung*

*Fachliche Schwerpunktsetzung in der SII und Profilbildung*

*Frau Bredner  
Quadratur des Kreises*

*Ohne Zusage auf mehr Stellen wird es keine Lösung und keine Reform geben*

Solange es diese A12 Einstellungen z.B. für das Fach Englisch gibt, können wir uns jede Bemerkung über eine Stärkung des fremdsprachlichen Unterrichts sparen. Das ist so, als wenn eine Firma unter Tarif bezahlt, da kann man das Wort Qualität gar nicht mehr in den Mund nehmen, denn es ist dann auch noch die Frage, welche Lehrer man bekommt. Also ich bin dafür, dass wir auch aus dieser Runde, auch im Hinblick darauf was in der Oberstufe geschehen soll, eine Meinungsbildung verfassen und schriftlich niederlegen, damit sie handhabbar wird.

*Frau Dr. Berg-Ehlers:*

Frau Bredner, habe ich das als eine Art Antrag zu verstehen? Wenn es Ihnen recht ist, dann könnten wir an der Stelle darüber abstimmen, dann würde der Vorstand eine Vorlage machen und das nachher vortragen. Wären Sie mit dem Antrag von Frau Bredner einverstanden? Ich bitte hier um das Handzeichen. Es ist glaube ich, einfacher, wenn ich nach Gegenstimmen frage. Eine Gegenstimme; 7 Enthaltungen. Wenn Sie damit einverstanden sind, machen wir am Ende des Vormittages einen Vorschlag mit der Bitte, den Vorstand zu ermächtigen, die Feinarbeit zu machen. Wären Sie damit einverstanden? Gut.

Die Ausführungen von Frau Bredner werden, nach Abstimmung im Plenum, als Auftrag an den Vorstand gewertet, eine Resolution vorzubereiten.

*Herr Lahme, Elbstadt-Gymnasium, Rheine*

Ich habe also lange überlegt, ob ich mich melden soll, weil ich so das Gefühl habe, es hört sich alles gut an, aber es bringt absolut nichts.

*Arbeit für den Papierkorb  
Teil 2*

Und jetzt melde ich mich doch. Man darf sich ja nicht entmutigen lassen. Man lebt ja immer wieder von der Hoffnung und versucht es dann immer noch einmal. Ich greife einen Satz von Frau Behler auf, der mir ausgesprochen gut gefallen hat. Und ich glaube, dass es Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht anders gegangen ist, als sie sagte, dass es Dinge in Zukunft geben wird, die nicht aus dem Bestand geschnitten werden können. Sie nannte dabei dann als ein Beispiel die praktische Philosophie. Aber das ist genau der Punkt, der im Moment überhaupt nicht funktioniert. Und wenn ich daran denke, wenn Entlastungsstunden verteilt werden über Moderatorentätigkeit, dann kriegen wir ein tolles Blatt, da steht unten 0,06 Stellen Gutschrift. Es wird alles berücksichtigt, es wird alles getan, es wird irgendwo vielleicht auch ein Lehrer eingestellt, in irgendeiner Schulform. Es knappt am Geld.

*Aber richtig ist, dort, wo der  
Bedarf ist, dort muss  
geholfen werden.*

Aber richtig ist, das ist heute oft genug gesagt worden, dort, wo der Bedarf ist, dort muss geholfen werden. Und ich könnte das weiter fortsetzen. In der letzten Wochen ging es um Praxiskontakte Wirtschaft. Die Ministerialrätin, die da war, sagte, dass für dieses Projekt, unsere Schule wird dazu gehören, 28 Entlastungsstunden verteilt werden. Es ging jetzt nicht um Verteilung des Topfes. Ja, das sind 6 Schulen, also das ist in der Summe nicht viel. Aber jetzt kommt es, wie wird denn dieses jetzt aufgefangen? Ja, das könnte über Geld statt Stellen gehen. Ich glaube ja immer noch nicht, dass das geht, denn das ist in dem Schlüssel ja gar nicht enthalten. Aber sofort kommt - und das ist der entscheidende Punkt - der Vertreter der Bezirksregierung und sagt, da

müssen wir erst mal gucken, ob nicht an anderer Stelle der Bedarf größer ist.

Als ich eben zum Kaffee ging und Herr Dr. Acker, der immer so nett spricht, das tut immer so gut, wenn Sie das sagen, dann kann man auch wieder die nächste Runde besser verkraften, also Herr Dr. Acker sagte, als ich ihn darauf hinwies, dass wir im nächsten Jahr zwei Lehrkräfte mit so unwichtigen Fächern wie Deutsch und Englisch haben, die ins Sabbatjahr gehen, da sagte er, dann haben Sie ja Bedarf.

Ich sagte: „ja“ und dann, dann werden dafür Lehrer eingestellt. Ich sagte: „An unserer Schule?“ Ja, das kommt darauf an, wie groß der Bedarf ist. Es wird also deutlich gemacht, dort wo der konkrete Bedarf besteht, wird nicht konkret geholfen. Da können sie soviel reden wie sie wollen, das funktioniert nicht, und das muss sich ändern.

Ich habe noch eine Frage zu der Profilbildung und zu der zweiten Fremdsprache oder naturwissenschaftlichen Bildung. Ich stimme Ihnen in der Tendenz der zunehmenden Festlegung der Schülerinnen und Schüler zu, Herr Dr. Acker. Für eine Schule, die nicht innerhalb eines städtischen Rahmens ist, wo andere Schulen mit unterschiedlichen Profilen stehen können, sehe ich eigentlich nicht, wo der Sinn, jetzt noch sich auf Profile festzulegen, sein soll. Sie wird noch den letzten Rest an individuellen Wahlmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler verlieren.

Es ist ja überhaupt nicht eine unstrukturierte, sondern es ist eine weitgehend vorgeschriebene Schülerwahl. Die Wahlen sind ja nur noch sehr eingeschränkt möglich. Unsere Schule ist Einzelschule ohne Kooperationsmöglichkeiten, liegt zwischen sehr attraktiven Schulstandorten Münster und Coesfeld. Wenn wir jetzt zu einer Profilierung gezwungen werden, werden alle, die dieses Profil nicht mögen, uns verlassen. Damit können wir dann aber unsere Oberstufe eigentlich einstellen. Wo es Auswahlmöglichkeiten gibt, sehe ich Profilbildung als sinnvoll an. Für meine eigene Schule, und ich denke, dass viele andere Schulen in einer ähnlichen Situation sind, sehe ich den Sinn überhaupt nicht, sondern sehe eher Gefahren.

Und ich denke, da wird auch ein Stück gefährdet von dem, was seinerzeit in den 70er Jahren die Enttypisierung gebracht hat. Sie hat nämlich neue Schulstandorte zu einem Zeitpunkt ermöglicht, wo die Schülerinnen und Schüler wählen konnten, nämlich mit 16 Jahren. Sie konnten dann tatsächlich ein individuelles Profil wählen. Wenn die zusätzliche Bindung kommt, sind sie doch schon froh, dass allenfalls noch ein Kurs frei wählbar ist. Sonst gibt es eben nur eine Wahl zwischen Englisch oder Französisch oder Spanisch. Aber sie ist keine Profilwahl mehr zwischen einem musisch-naturwissenschaftlichen, fremdsprachlichen oder anderen Profil.

Ich hätte eine Frage zu einer Bemerkung der Ministerin zur Qualitätssicherung im Abitur. Alle Schulformen, die zu einem gymnasialen Abitur

*Herr Stein  
Gymnasium Nottuln  
Profilbildung*

*Weitere Einschränkungen  
machen kleinere Schulen  
unattraktiv*

*Der Tod der Reform ist auch  
ein Stück Tod von Freiheiten  
und Chancen*

*Frau Großefrie-Beckers,  
Gymnasium Eickeln  
Qualitätssicherung im Abitur*

führen, unterliegen auch der Qualitätssicherung. Mir ist aus dem Bereich des Berufskollegs die Form der Qualitätssicherung im Abitur nicht bekannt, daher meine Frage: „Wie ist das dort vorgesehen?“

Wir stehen durchaus in Konkurrenz mit der gymnasialen Oberstufe der Berufskollegs, und es sind durchaus leistungsfähige Schülerinnen und Schüler, die am Ende der Stufe 10 den Weg in ein solches Berufskolleg wählen, weil ihnen dort ein - sagen wir mal - billigeres Abitur vorschwebt. Daher noch mal meine Frage, wie soll da ein gleicher Standard gesichert werden?

*Herr Lipka, Hamm*

Wenn es um die Oberstufe geht, muss ich sagen, bin ich enttäuscht, dass es nicht gelungen ist, die 3. Fremdsprache in der Sek. I zu stärken. Ich will mich jetzt nicht einfach daran aufhalten, dass ich sage drei Fremdsprachen sind besser als zwei, sondern ich möchte noch einmal an die Problematik der Mittelstufendifferenzierung Klassen 9 und 10 erinnern. Es wäre auch dort eine Möglichkeit gewesen, eine Verstärkung einzubringen, aber ich vermute, dass es da politisch nicht gewollt war.

*Herr Dr. Acker  
Grundschulempfehlung*

Zur Frage Grundschulempfehlung. Ich meine, manches ist bisher gemacht worden, wenn auch in etwas rechtsfreiem Raum. Was Sie da geschildert haben, war bisher ja nicht zulässig. Die Praxis kennen wir natürlich. Insofern ist hier zunächst einmal eine Regelung geschaffen worden, die ihre Tätigkeit auf eine vernünftige und abgesicherte Grundlage stellt. Das ist ja schon mal was. Was die anderen Aspekte angeht, müsste man nur Folgendes bedenken. Die Frage, wie sicher Grundschulempfehlungen sind, ist ja Gegenstand vieler Untersuchungen gewesen. Wir haben das schon in den 70er Jahren gehabt. Und man kam etwa zu dem Schluss, dass die Sicherheit der Grundschulempfehlungen ungefähr bei 60 - 70% liegt.

*Die Entscheidung zur  
Schulform fällt am Ende der  
Klasse 6*

Das ist damals empirisch nachuntersucht worden, es mag vielleicht etwas höher sein. Aber ich habe da doch gewisse Zweifel, wenn man z.T. die Praxis regional und örtlich sieht. Und darum ist es, glaube ich, ganz gut, und das ist ja die politische Grundentscheidung, dass die Eltern die Entscheidung letztendlich zu Beginn von Klasse 5 fällen und dass die Entscheidung über die Schulformneignung am Ende der 6 geschieht. Und da ist ja mit der AO-SI, seitdem wir sie haben, eine eindeutige Schulzuweisung dieser Entscheidung vorgesehen.

*Entscheidungsfreiheit der  
Eltern ist ein hohes Gut*

Ich glaube, das ist ein Verfahren, mit dem man ganz gut leben kann, wenn es auch zwischendurch sicher immer wieder Kinder gibt, bei denen wahrscheinlich der frühzeitigere Umstieg in eine andere Schulform oder der direkte Umstieg die vernünftigere Entscheidung gewesen wäre. Aber ich glaube, das gehört mit zu dieser Elternzuständigkeit, die wir haben, dass sie hier auch erst mal durch Einsicht entscheidungsfähig gemacht werden muss. Und das ist nicht immer so ganz einfach für das Kind. Das ist wohl so. Ich hoffe, dass Ihre grundsätzliche Bereitschaft, sich so zu entscheiden, auch dann noch so ist,



wenn die Schülerzahlen geringer werden, denn auch da hat man schon anderes erlebt.

Was die Lehrer- Profilbildungsfrage angeht, hat Frau Ministerin Behler ja gerade deutlich gesagt, dass für das kommende Einstellungsverfahren für Mangelfächer, dazu gehört auch Englisch, die A13-Stellen angeboten werden können. Die Bezirksregierungen haben schon jetzt beim unterjährigen Einstellungsverfahren A13-Stellen angeboten. Aber selbst dafür bekommen sie in bestimmten Bereichen keine Lehrer mehr. Das muss man alles sehen, das hängt mit der Gesamtlage des Angebotes zusammen.

Wenn Sie eine Resolution dazu fassen, ist das immer herzlich willkommen. Aber davon haben wir zunächst mal keine neuen Lehrer, da müssen schon andere Instrumente greifen. Dazu würde ich dann noch mal sagen, die Einführung der Profilbildung, wenn sie denn sachlich für richtig erkannt wird, oder die Doppelungen der Bindungen davon abhängig zu machen, dass man die Lehrer hat, ist, aller Lebenserfahrungen nach, ein falscher Zugriff auf die Sache.

Sie müssen den Bedarf schon schaffen. Wir haben ihn geschaffen, weil er sinnvoll ist an sich. Da werden Sie wohl kaum widersprechen. Die andere Frage ist die Lehrerversorgung, die müssen wir parallel angehen und lösen. Das ist ja heute morgen ausführlich diskutiert worden. Wir werden um verbesserte Angebote für diese Bereiche nicht herumkommen, da bin ich ganz sicher, das ist ein Markt- und Angebotsverhältnis, auf das man reagieren muss, und das ist vorgesehen.

In relativ kurzer Zeit wird die Ministerin ein Paket zur Vorgehensweise auch der Öffentlichkeit noch vorstellen, wie sie es auch für das Berufskolleg, wo wir ja ähnliche Problemstellungen haben, schon gemacht hat.

Ich denke auch, dass wir da zu weiteren Maßnahmen kommen werden, aber es wird auch da notwendig sein, dass wir zu Zusatzqualifizierungen kommen müssen, weil das Angebot insgesamt nicht so ist, dass man alleine auf zusätzliche, nur ausschließliche A13-Stellen hoffen kann. Das muss man schon sehen, und da wären die Prioritäten eben doch eher die, dass man Lehrkräfte, die schon eine halbwegs solide Grundqualifikation haben, zum Ansatzpunkt für solche Umqualifizierungen nimmt.

Es ist ja nicht daran gedacht, das wird häufig so verstanden, dass eine Schule sich einsinnig profilieren soll. So etwa wie früher das neusprachliche Gymnasium. Das ist ja nicht gewollt. Sondern wir wollen, mit dem Profil ein Angebot zur Vertiefung in einem bestimmten Bereich machen. Und im Übrigen würde jede Schule natürlich mehrere solcher Profile in unterschiedlichster Form anbieten. Es wäre natürlich ein Rückfall in alte Zeiten, wenn wir hier wieder neusprachliche oder mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasien mit all den regionalen Folgen einführen würden, wie wir sie hier gehabt haben, auch in den Abstufungen der Bildungswertigkeit der einzelnen Fächer. Das kann ja nicht der Fall sein. So ist das nicht gemeint. Es soll eine größere Viel-

*Lehrerprofilbildung*

*Resolutionen schaffen keine neuen Lehrer*

*Bedarf schaffen, dann Maßnahmen ergreifen, um ihn zu decken*

*Zusatzqualifikationen, um den Bedarf zu decken*

*Profilbildung*

*Qualität im Abitur*

falt innerhalb der einzelnen Schule sein, aber es soll doch etwas stärker strukturiert sein, als es jetzt der Fall ist.

Natürlich gehören die Berufskollegs dazu, auch hier werden relevante Fächer in der Nachkorrektur untersucht. Und wir werden Ihnen auch die Ergebnisse der diesjährigen Abiturverfahren in einem Bericht zusammenstellen. Detaillierter werden Sie dann das erkennen können, was zu den einzelnen Schulformen zu erfahren war. Dazu gehören auch die Berufskollegs. Das ist ein Angebot. Die Berufskollegs werben natürlich, warum auch nicht. Vielleicht ist das ja auch ein Verfahren der Konkurrenz, das ganz nützlich sein kann. Das gilt ja unter Gymnasien auch, dagegen muss man im Prinzip nichts haben.

*Fremdsprache in der Sek. I*

Die Fremdsprache in der Sek. I haben wir schon gestärkt, Herr Lipka. Es für alle verbindlich zu machen, kann, glaube ich, nicht die Lösung sein. Eine solche Lösung haben wir ja auch nie gehabt. Nur, es gibt ja erfahrungsgemäß immer Schüler, die stärker sprachlich und stärker naturwissenschaftlich orientiert sind. Darauf muss man bei solchen Angeboten auch Rücksicht nehmen. Wir haben die Differenzierungsmöglichkeiten vor einigen Jahren doch so geändert, dass die Schulen wirklich qualifizierte Angebote machen können und ich sage noch einmal, tun Sie es, keiner hindert Sie daran.

*Herr Achelböhler,  
Gymnasium am Waldhof  
Bielefeld*

Wann ist mit einer Auswertung der Arbeitszeituntersuchung zu rechnen und einer möglichen Neuregelung?

*Herr Kremer, St. Franziskus  
Gymnasium, Olpe*

Weil Sie den Aspekt auch ansprechen, möchte ich doch meine Bedenken zum Ausdruck bringen. Sie sprechen von den Zusatzqualifikationen für Angehörige anderer Berufsgruppen und Außenstehender von Lehrern in höheren Schulen. Wenn ich daran denke, welche zusätzlichen Mühen es machen muss, um solche anders Ausgebildeten und zusätzlich Qualifizierten in unsere Schulen einzubringen, dann wird mir schon Angst und Bange. Und wenn ich mir darüber hinaus dann vorstelle, welche Qualitätsminderung für unseren Unterricht damit verbunden sein muss, dann möchte ich dringend davor warnen, dass wir mit solchen Hilfskräften dann eines Tages dann Schule machen sollen.

*Straßburger Johanneum,  
Wadersloh*

Ich habe nur eine Rückfrage zur AO-SI. Es ist ja im Moment ein Wechsel vom Gymnasium zur Realschule in die Klasse 9 der Realschule nur bei Beibehaltung der 2. Fremdsprache möglich. Wie ist das mit den Lateinern, die in der Quarta Latein gelernt haben, die im Grunde genommen nach Ende der Quarta überhaupt nicht mehr in eine Realschule hineinkommen, ist da an eine Änderung gedacht?

*Herr Dr. Acker*

Nach meinem Kenntnisstand ist das inzwischen so geändert worden, dass denen, die mit Latein als Beispiel genannt wurden, der Übergang vom Gymnasium möglich gemacht werden muss, indem sie dann in

einen nichtsprachlichen Zweig der Realschule wechseln. Ihnen wird zugemutet, das nachzuarbeiten.

Hier werden z.Zt. Gespräche mit den Lehrerverbänden geführt. Es sind dazu Arbeitsgruppen eingerichtet worden. Ich hatte allerdings den Eindruck, dass auch den Verbänden das alles nicht mehr so ganz eilig ist. Vom Verfahren her ist es so, dass hier Arbeitsgruppen arbeiten, und hier versucht wird, unterschiedliche Modelle zu finden. Ich glaube, und es liegt ja auf der Hand, dass wir das Gesamtvolumen der Arbeitszeit kaum herabsenken können. Das wird wohl keiner erwartet haben, aber dass man vermutlich vernünftige Modelle finden kann, die inner-schulisch eine größere Flexibilität ermöglichen, ist realistisch. Insofern müssten wir die nächsten Runden erst mal abwarten und im Frühjahr wird man weitersehen, wieweit diese Arbeitsgruppen gediehen sind. Das geschieht in direkter Abstimmung mit den Verbänden, und da können Sie mal sicher sein, dass die wie Argus darüber wachen, dass hier nichts Negatives passiert.

Was die Frage Personal und Umschulung angeht, sage ich noch einmal, dass die Einstellung ausgebildeter Lehrer natürlich Priorität hat. Aber die Frage ist ja eben, was machen wir, wenn wir, wie ja zu erwarten ist, in diesen relevanten Fächern keine Angebote mehr haben. Da muss man über weitere Varianten nachdenken. Ich würde Ihnen nur empfehlen, dass Sie die Referendare, die Sie z.Zt. in Ihren Schulen haben, auf die Möglichkeiten von A13-Stellen in diesen Fächern hinweisen. Ich habe doch den Eindruck, dass in dieser ganzen Diskussion um A12/A13 die Diskussionen noch nicht so ganz zielführend innerhalb der Schulen, auch der Seminare, geführt werden und die Referendare eher nach außen beraten werden als hier im Lande zu bleiben. Es wäre gut, wenn Sie Ihre Einflussmöglichkeiten wahrnehmen könnten, dass diese Lehrkräfte, die wir so sehr brauchen in diesem Lande, auch zu diesen Konditionen bleiben.

Der Vorstand hat eine Resolution im Wesentlichen vorbereitet, wobei ich dazu sagen muss, sie ist in einigen Teilen abgeschrieben und zwar von der Entschließung, die die Bundesdirektorenkonferenz für den Bund, wo ja durchaus ähnliche Probleme existieren, verfasst hat. Da wir die gleichen Probleme haben, ist das durchaus legitim und zeigt dann an dieser Stelle föderale Einigkeit.

*Arbeitszeituntersuchung*

*Zusatzqualifizierung*

*Frau Dr. Berg-Ehlers bringt den Text der Resolution durch Verlesen ein.*

## RESOLUTION

*der Westfälischen Direktorenvereinigung  
zur Lehrerversorgung  
anlässlich ihrer  
Jahrestagung in Hamm am  
5. Dezember 2000*

Die Westfälische Direktorenvereinigung begrüßt die Tatsache, dass die Landesregierung - wie in der Regierungserklärung deutlich geworden - dem Bildungsbereich höchste Priorität einräumt, und in diesem Zusammenhang wertet sie die Absicht des Ministeriums für Schule, Wissenschaft und Forschung, alle freiwerdenden Lehrerstellen neu zu besetzen, als positives Signal.

Mit großer Sorge sieht sie aber, dass schon heute für bestimmte Fächer am Gymnasium zu wenig qualifizierte Bewerber für das Lehramt zur Verfügung stehen. Die Zahl der Studierenden belegt, dass in den nächsten Jahren ein dramatischer Mangel an Lehrkräften abzusehen ist, da nicht einmal der Ersatzbedarf gedeckt werden kann. Es droht der flächendeckende Einbruch des Fachunterrichts auf Grund eines strukturellen Lehrermangels.

In Nordrhein-Westfalen verschärft sich die Situation noch dadurch, dass künftige Gymnasiallehrer überwiegend mit A 12 eingestellt werden und deshalb die tüchtigen Nachwuchskräfte in andere Bundesländer, die mit A 13 einstellen, abwandern.

Trotz der unbestreitbaren problematischen Finanzsituation des Landes gilt es, eine „zweite Bildungskatastrophe“ abzuwenden.

Die Westfälische Direktorenvereinigung fordert deshalb:

- ≠ die Feststellung und Offenlegung von voraussehbaren Defiziten und deren Ursachen,
- ≠ Veröffentlichung einer mittel- bis langfristigen fächerspezifischen Bedarfsplanung,
- ≠ Steigerung der Attraktivität des Gymnasiallehrerberufs, z.B. durch
  - eine kontinuierliche Einstellung junger Gymnasiallehrer/-innen auf volle Beamtenstellen in A 13,
  - eine schnelle Übernahme der Kolleginnen und Kollegen, die bereits in A 12 eingestellt sind, in das Lehramt SI/SII, d. h., auf A 13-Stellen,
  - eine positive Darstellung in der Öffentlichkeit,
  - eine deutliche Verbesserung der Besoldung von Studienreferendaren/-innen, verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten,
  - gezielte Werbemaßnahmen für das Studium mit dem Ziel des Lehramts an Gymnasien.

Die Resolution wird angenommen und der Vorstand beauftragt, diese Resolution dem Ministerium zuzuschicken.

Ich begrüße sehr herzlich Herrn OStD Fischer in unserer Mitte. Seit 12 Jahren ist er Vorsitzender der Bundesdirektorenkonferenz und als solcher, behaupte ich, kennt er sich besser aus als jeder Kultusminister, jede Kultusministerin, was Fragen des Gymnasiums angeht, und wir können froh sein, dass wir uns dieses Erfahrungsschatzes heute bedienen dürfen.

Nach dieser Vorrede, meine Damen und Herren, darf ich ja nichts falsch machen. Ich muss mir also Mühe geben. Ich freue mich, dass ich bei Ihnen sein kann und habe heute Morgen mit Aufmerksamkeit Ihre Debatten verfolgt. Das ist für einen Außenstehenden immer sehr wesentlich, bei solchen Gesprächen auch teilzunehmen. Ministerreden, das bekommt man immer mit. Aber die Debatten hinterher, das ist eigentlich der reizvolle Teil, und insofern war das für mich auch ein höchst interessanter Vormittag.

Das Thema meines Referates können Sie schon lesen und Sie sind auch darauf vorbereitet.

„Zum Abitur in 12 Jahren - Gleiches Ziel, verschiedene Wege“

Sie wissen, ein ordentlicher deutscher Vortrag braucht mindestens zwei Vorbemerkungen, also will ich das auch tun.

Die Schulzeit ist nur ein Teilaspekt einer insgesamt zu langen Ausbildungszeit unserer Führungskräfte. Man könnte an anderer Stelle als dem Gymnasium auch etwas verändern. Ich denke an eine etwas frühere Einschulung. Zukünftige Abiturienten müssen nicht unbedingt 6,5 oder 6,75 Jahre alt werden oder gar 7, bis sie endlich in die Schule kommen. Und die Zeit zwischen dem Abitur und der Aufnahme des Studiums ist im Durchschnitt auch etwas zu lang geraten, das hat also nichts mit Wehrdienst und Zivildienst zu tun, das wäre ja leicht zu erklären und auch da wäre es sicher etwas zu beschleunigen. Aber da nun gesagt ist, es soll auch an der Schule etwas abgezogen werden, muss man sich darüber klar werden wie.

Das Zweite ist eigentlich die bedeutendere Vorbemerkung. Die Länder unterscheiden sich ungeheuer in den Regelungen, die für die Aufnahme in das Gymnasium gelten; der Struktur der Klassen 5 und 6 und nicht unerheblich in der Frage, ob es Seiteneinsteiger in der Klasse 11 gibt, in welcher Form oder falls überhaupt. Und das hat natürlich Auswirkungen auf die Frage: Kann ich dieses Gymnasium beschleunigen? Ich greife dann ja in eine große Struktur ein und überall dort, wo man sich überlegt, ein solches 8-jähriges Gymnasium neben dem 9-jährigen einzurichten, hängt man immer an der alten Struktur fest, dass die gesamte Struktur des Gymnasiums relativ ruckzuck umgebaut wird, damit ich auch einen 8-jährigen Zug dranhängen kann.

Nun gibt es also verschiedene Wege zum Ziel, nach 8 Jahren Abitur zu haben. Ich nenne übrigens zur Vereinfachung diesen Zug einen G8-Zug und mache damit deutlich, und das brauche ich in diesem Land

*Frau Dr. Berg-Ehlers*

## **Rede OStD Martin Fischer**

*1. Vorbemerkung  
Schulzeit  
nur ein Teilaspekt einer  
insgesamt zu langen  
Ausbildungszeit*

*2. Vorbemerkung  
Sehr unterschiedliche  
Regelungen in den Ländern*

*Unterschiedliche  
Voraussetzungen*

nicht so klar zu sagen, aber in anderen Ländern wohl, dass ich mir ein Gymnasium nur gut vorstellen kann, in dem bereits in Klasse 5 grundsätzlich gymnasial unterrichtet werden kann. Unabhängig davon, ob ich in 9 oder in 8 Jahren Abitur mache.

Sie wissen, die Länder Berlin und Brandenburg haben in der Regel 6 Jahre, Niedersachsen hat die Schulart ungebundene Orientierungsstufe, dort beginnt das Gymnasium erst in 7. Dort kann man also nur ein G6-Modell fahren. Und das fände ich nicht sehr gut. Man kann das auch einen Schnellzug nennen. Ich bin Bahn-Fan und habe daher ein Faible dafür.

#### *Lösungen in den neuen Bundesländern*

Schauen wir uns die Modelle an. Relativ einfach zu organisieren sind die Strukturen dort, wo es nur G8 gibt, das sind derzeit Thüringen und Sachsen. Diese Länder brauchen nur 8 Jahre zum Abitur. Wer dort als Seiteneinsteiger nach der Realschule kommt, braucht allerdings 1 Jahr länger. Das gilt für beide Länder. Ich halte das auch für eine sehr ehrliche Lösung. Als die Länder im Osten aus der Polytechnischen Oberschule und der daraufgesetzten schmalen EOS die Schulen nach unserer Art gegründet haben, also 1991 und 1992, gab es zunächst einen riesigen Ansturm auf die Gymnasien mit Übergangsquoten in der Fläche bis zu 50 %. Das ist unterdessen wieder ins Normalmaß zurückgekehrt. Auch Sachsen ist unterdessen ja bei den bundesweit üblichen 30 % angekommen.

#### *Westlicher Sonderweg im Saarland*

In der Zwischenzeit hat sich auch im Westen ein Land zum reinen 8-jährigen Gymnasium entschlossen. Das ist das Saarland. Natürlich für ein großes Land wie Nordrhein-Westfalen eine Quantité négligeable. Das sind so gut wie drei Landkreise und dann hat sich's. Die haben 1 Mio. Einwohner, das ist natürlich nicht sehr viel. Aber wichtig sind sie trotzdem. Und die beginnen nächstes Jahr mit Klasse 5 für alle quer durchs Land mit dem 8-jährigen Zug.

#### *G8 neben G9 mit langen Erfahrungen*

Das, was Sie vorhaben, ist sicherlich das, was häufiger für Flächenstaaten in den westlichen Bundesländern machbar erscheint, einen Zug G8 neben G9 gewöhnlich an der gleichen Schule. Das hat Rheinland-Pfalz, eines Ihrer Nachbarländer bekanntlich seit vielen Jahren, derzeit an 15 Gymnasien. Die Versuche begannen im Jahre 1985. Daraus können Sie schließen, dass an diesen Versuchsschulen schon mehrfach nach diesen Regeln Abitur gemacht wurde.

Und das halte ich für eine ganz wichtige Aussage, denn Sie können in der Schulpolitik aller Länder beobachten, dass bei den kurzlebigen Programmen, die die Ministerinnen und Minister uns auferlegen, man spätestens nach 2 Jahren schon weiß, dass sie gut waren. Ich habe noch selten einen Minister erlebt, der Gegenteiliges von einem Programm gesagt hat, das er in Gang gesetzt hat. Nach einem Regierungswechsel sieht das die Opposition dann natürlich etwas anders.

#### *Regelungen in Baden-Württemberg*

Baden-Württemberg hat derzeit 63 Gymnasien, das ist ein Sechstel des Bestandes im Land, die einen 8-jährigen Zweig neben einem 9-jährigen haben. Allerdings funktioniert das Modell dort erst in der Regel seit 4 Jahren, so dass dort Ergebnisse mit dem Abitur noch nicht vorliegen.

Daneben gibt es in anderen Ländern nur einzelne Versuche. Berlin etwa hat für die Zuwanderer aus Bonn und Umgebung ein paar wenige Gymnasien eingerichtet, in denen das Gymnasium dort, abweichend von der Grundregel in der 5. Klasse, beginnen kann, damit nicht die aus Bonn zugereisten 6. Klässler das entsetzliche Erlebnis haben, dass sie wieder in der Grundschule landen, die ja in Berlin bis zum Ende des 6. Schuljahres dauert.

Damit haben Sie eine gewisse Übersicht. Ich wiederhole es noch einmal:

Abitur am Ende des 12. Schuljahres: Thüringen und Sachsen haben es nie anders gehabt. Das Saarland beginnt das neu. Daneben gibt es 2 Bundesländer, die breit gestreut Angebote haben, G8 neben G9, wobei beide schon soweit sind, dass man sagen kann, es ist in die Normalphase übergeführt. Es ist kein Antrag auf Versuch mehr zu stellen, sondern wenn Schulträger und Kultusministerium einverstanden sind, wird es am nächsten Standort auch eingerichtet.

Wie immer Sie das strukturieren, stoßen Sie auf eine Reihe von Problembereichen, die ich nacheinander abarbeiten will.

Da gibt es zwei Möglichkeiten, entweder geht es nach der Formel, wer kann und will, oder es geht nach der Formel, wer will, der kann. Sie werden leicht verstehen, dass es zu unterschiedlichen Ergebnissen führt.

Dazu habe ich drei Thesen:

1. Wenn der Einfluss der Eltern bei der Aufnahme in das G8-Gymnasium groß ist oder zu groß ist, braucht die Schule eine bald wirksame Korrekturmöglichkeit in Form von Querversetzung von G8 nach G9.
2. Wenn der Übergang von Klasse 4 nach Klasse 5 lehrergesteuert ist - was bei Ihnen nicht der Fall ist, aber es gibt ja Länder in denen das geschieht - kann man mit G8 bereits in Klasse 5 beginnen. Dort, wo die Entscheidung der Eltern dominiert, wird man es vernünftigerweise bis Klasse 7 hinausschieben, so dass die Lehrer des Gymnasiums die Chance haben, 2 Jahre lang ihre Schüler zu beobachten und dann zu entscheiden und zu sagen, dem traue ich es zu, der traue ich es zu. Dann entscheiden die Lehrer des Gymnasiums über das Können. Ob die Eltern dann auch wollen, ist eine ganz andere Frage. In keinem System, das beide nebeneinander kennt, werden die Eltern gezwungen, das, was die Lehrer empfohlen haben, auch auszuführen. An dem will ich schon festhalten.
3. Grundsätzlich, das wäre die dritte These zu der Frage der Auswahl. Geeignet sind für diesen Schnellzug Hochbegabte und Hochleistende. Wenn wir uns allein auf die Hochbegabten nach Definition konzentrieren, würden es 2 %, so sagen die Psychologen, Hochbegabt sein, 2 % der Bevölkerung. Wenn man dann noch so optimistisch ist und annimmt, dass sie sich alle im Gymnasium vorfinden, dann wären wir - da wir ein Drittel der

*Zusammenfassende Übersicht*

*Bekannte Problembereiche*

*1. Problembereich  
Die Auswahl der Schüler*

*Elternwille*

*Lehrergesteuert*

*Auswahl nach Begabung  
Hochbegabte und  
Hochleistende*

Schüler haben - bei etwa 6 %. Aber es ist ja auch klar, wenn Sie 6 von 100 Schülern nur haben, können Sie keine eigene Klasse aufmachen. Also brauchen Sie die Hochleistenden. Das sind diejenigen, die eine gute Intelligenz haben, dazu gute Stützfaktoren, hochkonzentriert bei der Arbeit, gutes Gedächtnis, Bereitschaft, sich für diese Dinge auch einzusetzen, sich anzustrengen. Solche Schüler gibt es ja, und die können in der Tat etwas schneller als die übrigen lernen.

## 2. Problembereich Die Organisation

### Rheinland-Pfalz

Wenn G8 neben G9 an einer Schule existieren, muss man sich ja entscheiden, welche Klasse man überspringt. In Rheinland-Pfalz ist das grundsätzlich die Klasse 9. Das ist eine Art Gruppenüberspringen. In diesem System profitiert also als ganze Klasse von der in allen Versetzungsordnungen verankerten Möglichkeit, dass die Konferenz beschließt, der Schüler darf die Klasse überspringen und die Eltern machen mit. Dann funktioniert es.

Rheinland-Pfalz geht von der schönen Vorstellung aus, und die ist durchaus nicht ganz unrealistisch, die Schüler, die diesen Durchlauf machen, schaffen es wirklich, wenn man sie ein Jahr überspringen lässt und ihnen nichts dazu gibt.

### Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg wird die 6. Klasse übersprungen, so dass die Schüler, die in einen G8-Zug in Baden-Württemberg eintreten, mit sämtlichen Fächern, die erst in der 7. Klasse beginnen, ein Jahr früher starten. Das bedeutet, die 2. Fremdsprache beginnt dann eben auch schon mit Klasse 6, und in den Fächern, die später einsetzen, tritt keine Verkürzung der Unterrichtsstunden ein, weil sie in diesen ja im vollem Umfang mit der gleichen Anzahl von Stunden und Jahren unterrichtet werden.

Baden-Württemberg gibt der Schule für diesen G8-Zug über die 6 Jahre, die er dauert, 12 Unterrichtsstunden nach freier Verfügung. Diese können, wenn die Schulen es schematisch machen, jedes Jahr 2 Stunden anhängen. D.h., in der Klasse 6 sind 30 Stunden herausgefallen, und von diesen 30 Stunden werden 40% wieder ins System eingegeben. Die Schule kann sich überlegen, wo sie den Zusatz einbringt. Für Baden-Württemberg wäre das für mich jetzt kein Problem, zu sagen, wir haben bei uns in der 7. Klasse im Normalzug lächerliche 3 Stunden Mathematik. Das ist so gut wie gar nichts für die Mathematiker. Und dort eine Stunde mehr in das Stundensoll aufzunehmen, wäre eine Selbstverständlichkeit. Und so finden sich in unserer Studentafel irgendwo Lücken, wo man sagt, da könnte man etwas dazutun.

### G8 und G9 in der SII wieder zusammengeführt

Was mir wesentlich erscheint und das ist ja auch für die Planung hier wichtig: G8 und G9-Züge müssen in der Oberstufe wieder zusammengeführt werden. Solange wir dort Wahlmöglichkeiten in erheblichem Umfange haben, haben Sie ja immer das Problem, dass Sie eine gewisse Kursgröße zu Stande bringen wollen und müssen. Sie können ja nie für einen einzigen G8-Zweig eine hinreichende Menge an Leistungskursen einrichten, es sei denn, irgendwo wäre ein Land bereit, zu sagen, es dürfen halt in der Regel auch nur 7 Schüler sein.



Dann geht alles, aber so eine Sache wird Ihnen ja wohl nicht bewilligt. Infolgedessen heißt das, vor Beginn der Oberstufe müssen beide Züge zusammengeführt werden. Dann erübrigt sich auch die Debatte, ob die einen oder die anderen mehr können. Sie unterliegen nämlich den gleichen Abiturbedingungen.

Halten wir fest, wenn Sie die beiden Systeme Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vergleichen, dann stellen Sie fest.

*Rheinland-Pfalz* beschleunigt von Klasse 7 bis Klasse 10, also in 4 Normalschuljahren und kürzt das auf 3.

*Baden-Württemberg* beschleunigt zwischen Klasse 5 und 11, d.h., in 7 Schuljahren und verkürzt auf 6.

Je nachdem, wie Sie da handeln, bekommen Sie mehr oder weniger Druck, gewisse Inhalte zu vermitteln. Ich habe heute Morgen gehört, dass ihr Land darüber nachdenkt, von Klasse 9 bis 11 zu verkürzen. Sie müssen also dort gewissermaßen von 3 auf 2 Jahre zurück. Sie können sich leicht ausrechnen, dass das Unterschiede macht, ob Sie von 7 auf 6, von 4 auf 3 oder von 3 auf 2 Jahre gehen, denn Sie müssen entsprechende Pläne einrichten, müssen entsprechende Beschleunigungen fahren.

Dann würde ich auf die nächste Folie übergehen und noch weitere Aspekte benennen. Diese gehen zurück auf meine Erfahrungen in Diskussionen mit Lehrern in Baden-Württemberg. Eine Frage, die immer wieder gestellt wird, heißt: „Wenn wir dann einen G8-Zug an der Schule einrichten, dann fehlen uns ja in den anderen Klassen die Spitzen.“

Das ist vordergründig richtig, wir hoffen ja, dass die besonders leistungsstarken Schüler, die Hochbegabten und die Hochleistenden im G8-Zug auch ankommen. Sicherlich, der eine oder andere, der es könnte, wird aufgrund der Entscheidung der Eltern im G9-Zug bleiben. Aber die Spitze wird dünner werden. Nun zeigt aber andererseits die Erfahrung, dass die Trennung von Gymnasiasten und Realschülern nicht dazu führt, dass man in Realschulklassen überhaupt nicht mehr unterrichten kann. Die Spitzen, die am Gymnasium sind, fehlen in jeder Realschulklasse und dennoch bilden sich neue Spitzen heraus. Dann tritt eben die zweite Ebene hervor, und die Schüler, die bisher immer zu kurz kamen, weil neben ihnen einer saß, der schon nach 2 Halbsätzen des Lehrers wusste, wo die Lösung hingehet, und den Finger oben hatte, die fehlen dann, so dass er, wenn er dann nach dem 3. Satz des Lehrers weiß, wo es hingehet und seinen Finger hoch hebt, als erster in der Klasse die Antwort geben kann.

Das ist dann die neue Spitze, die sieht anders aus als die bisherige, aber ich halte es für ausgeschlossen, dass man sagt, dann bleibt nur noch ein pädagogisch nicht mehr zu betreuender Rest.

1. Sind es von der Quantität her mehr als ein Rest, es ist die Mehrheit, die dort bleibt .
2. Wir dürften fairerweise vom Gymnasium aus keine Realschule neben uns pädagogisch vertreten, wenn das so wäre, wenn

*Ergebnis des Vergleiches*

*Die Organisationsform ist nicht unwichtig*

*Es bilden sich neue Leistungsträger heraus*

*Keine Rest- und Rumpfklassen*

man die Spitze wegnimmt, man einen nicht mehr zu betreuenden pädagogischen Rest hätte.

*Scheitern in G8  
Querversetzung*

Die nächste Frage, die sich stellt, was geschieht mit den Schülern, die im Verlauf eines G8-Zweiges an ihre Grenzen stoßen. Da kann man nur antworten, Querversetzung ist die einzige Möglichkeit, also, ein Wiederholen in einem G8-Zug halte ich nicht für recht vorstellbar. Wer eben scheitert, der verliert ja kein Jahr gegenüber dem Normalzug, nur gegenüber dem D-Zug. Das müsste sich auf diese Weise regeln lassen.

*Überforderung durch  
falschen Ehrgeiz*

Dann kommt ein Problem, das je nach persönlicher Erfahrung unterschiedlich deutlich artikuliert wird. Ich sag es einmal ein bisschen vorsichtig. „Wie wehrt man sich gegen den falschen Ehrgeiz mancher Eltern, die ihre Kinder überfordern?“ Ich bitte, Wert darauf zulegen: mancher Eltern. Wir haben Gott sei dank eine Mehrheit vernünftiger Eltern in unserem Haus. Aber wie immer müssen wir uns bei den Schülern, bei den Lehrern und bei den Eltern mehr um die schwierigen kümmern. Deswegen sind die etwas stärker in unserem Bewusstsein, als der Normalfall. Natürlich kann es passieren, dass Eltern, weil das Nachbarkind auch in den G8-Zug geht, die eigene Tochter oder den eigenen Sohn auch dorthin haben wollen, obwohl das für dieses Kind nicht richtig ist. Aber sie haben das gleiche Problem natürlich auch bei der Wahl zwischen Gymnasium und Realschule. Auch da passiert es, dass im Gymnasium Kinder angemeldet werden, die eigentlich dort nicht hingehören, die aber dorthin müssen, weil die Familie sagt, es war immer so, weil die Nachbarn denken, die Familie erlebt einen sozialen Abstieg, wenn ein Kind in der Familie nicht in das Gymnasium kommt. Mit diesem Problem müsste man eigentlich also auch zurecht kommen.

*Wenn Gymnasium, dann  
auch richtig*

Es müsste allerdings so sein, und da müssen wir am Gymnasium uns schon auch gelegentlich fragen, ob wir das immer tun, wir dürfen nicht klagen über zu schwache Schüler, wenn wir denen immer noch befriedigende Noten erteilen, entweder oder. Also wir können auch nicht klagen über zu großzügige Gutachten der Grundschule, wenn die Grundschullehrerin merkt, dass alle diejenigen, die sie mit schlechtem Gewissen fürs Gymnasium noch hat durchgehen lassen, ihr nach 3 Jahren begeistert, wenn sie ihnen begegnet, sagen, ja ja es klappt, alles bestens. Dann hat die Grundschule das Gefühl, dass sie zu streng ist. Nur dann, wenn diejenigen, die knapp empfohlen wurden, hinterher hängen bleiben, haben wir Chancen, dass wir Einfluss nehmen. Das ist ein Prozess, der nicht in 3 Monaten abläuft, dass wir erreichen, dass Grundschullehrer - und da ist die Mehrheit sicherlich auch sehr vorsichtig -, wenn sie solche Erfahrungen machen, dass die sich danach orientieren.

*In G8 auch die  
Anforderungen von G8*

Es muss also schon so sein, dass die Anforderungen in einem G8-Zug höher sind als in einem G9-Zug. Es kann dann eben nicht sein, dass der Lehrer, der vorhat, in einem Jahr schneller durch den gesamten Stoff durchzukommen, eben den zweien, die es immer noch nicht begriffen haben, es noch einmal und noch einmal erklärt. Dann muss es heißen, jetzt sind wir im G8-Zug, jetzt muss es reichen mit: einmal er-

klärt und zweimal geübt und dann kommt das nächste. Ein Teil unserer Schüler schafft das ja. Und für die, und nur für die, wollen wir solche Schnellzüge einrichten.

Das letzte Problem, das plagt dann mehr die Lehrer, gelegentlich auch die Eltern, welche Lehrer können in G8 unterrichten? Das ist heikel, wenn Sie an einer Schule beide Züge haben, wird natürlich der Verdacht sehr groß sein, dass Sie als Schulleiter die Besten, die Sie haben, in G8 stecken und die weniger Guten in G9. Mit dem Verdacht werden wir sicher konfrontiert, wenn so etwas existiert an der Schule. Das muss man klar sagen. Alle Lehrer, die Sie mit gutem Gewissen in Klasse 5 einsetzen können, können sie auch in G8 stecken. Denn ich hoffe, dass Sie Ihre Problemler nicht gerade mit den Anfängern konfrontieren, oder? Ja, so viele wirklich schwerwiegende Problemler dürften Sie ja eigentlich nicht haben. Ich sage immer, wenn man unter 60 dreie hat, von denen man sich ohne größeres Kopfzerbrechen gerne trennen würde, dann halte ich das schon für so einen Normalzustand.

Bei uns heißen die etwas bösartig Wanderpokale, weil so etwa nach 8 oder 10 Jahren und vielfältigen Protesten aller Seiten die Schulverwaltung gewöhnlich ein Einsehen hat zu sagen, jetzt darf mal jemand anders. Aber die gleiche Schulverwaltung hat in ihrer unendlichen Weisheit die Neigung, der Schule gleichwertigen Ersatz zu bieten. Mit dem muss man immer rechnen, und solche Lehrer kann man fairerweise nicht gerade den Anfängern geben, die ihre ersten Erfahrungen im Gymnasium machen.

Ich sage offen, ich bin gerade dabei, so einen G8-Zug an meiner Schule einzurichten. Im ersten Jahr werde ich natürlich die einsetzen, die dieses erste Jahr mit Erfolg überstehen. Das ist auch klar, andererseits kann kein Lehrer ausschließlich dort unterrichten. Er wird in allen Bereichen unterrichten. Und von daher meine ich, das Problem ist sicher ein bisschen sensibel anzugehen. Es darf nicht am Schluss so auslaufen, dass Sie Lehrer haben, die mit einem G8-Etikett durchs Haus laufen können: „Ich unterrichte die Hälfte meines Deputats bei G8-Schülern.“

Als Letztes die Frage, wie bereitet man sein gesamtes Kollegium auf diese Situation vor. Es ist eindeutig eine Beschleunigung der Durchnahme von Unterrichtsstoff.

Dies kann ja nicht dadurch erreicht werden, dass man schneller spricht, oder mehr Hausaufgaben macht. Es muss spezifische Lerntechniken geben, mit denen man solchen Stoff mit etwas mehr Tempo so verankert, dass er gut sitzt. Denn das wollen wir erreichen. Das kann ja nicht vom einzelnen Lehrer gemacht werden, sondern eigentlich nur dadurch, wenn die Lehrer das tun, was sie immer schon tun sollten und nur eingeschränkt tatsächlich auch tun, sich nämlich untereinander in ihren Unterrichtsmethoden abstimmen.

Es wird also sicherlich so sein, dass Schulen, die beide Züge nebeneinander haben, vielleicht ein bisschen häufiger miteinander darüber reden müssen, wie man es denn macht. Aber ich glaube nicht, dass das etwas schadet. Und es schadet auch nicht denen, die in den G9-

*Lehrereinsatz in G8*

*Keine G8-Profis*

*Vorbereitung des Kollegiums*

*Erarbeitung spezifischer Lerntechniken*

*Kollegiale Kooperation*

*Einladung zum  
Erfahrungsbesuch*

*Die Unterschiede innerhalb  
der Schülerschaft sind  
schon erheblich*

*Die Erfahrung lehrt, dass  
sich die Probleme  
relativieren*

Klassen unterrichten. Denn die werden dann über kurz oder lang gehalten sein, ebenfalls solche Gespräche zu führen.

Ich will schließen mit ein paar persönlichen Erfahrungen. Wann immer Sie sich persönlich ein Bild machen wollen, wie ein solches System funktionieren kann, kann ich Ihnen nur vorschlagen, suchen Sie sich eine dieser 15 Schulen in Rheinland-Pfalz. Sprechen Sie mit dem Schulleiter.

Ich habe mir schon mal einen Vormittag Unterricht angeschaut. 2 Mathestunden in Klasse 7; 2 Geschichtsstunden in Klasse 10, jeweils Normalzug und Schnellzug, um zu schauen, geht das denn. Und da muss man sagen, mein erster Eindruck ist, dass die Unterschiede in der Schülerschaft schon bemerkenswert sind. In der Mathematik war es der gleiche Lehrer, so dass der Eindruck nicht lehrerabhängig war. Die Schnellzugkinder waren in der 6. Stunde dran, wo auch bei einem guten Unterricht, also etwa bei mir, meine Schüler so 10 Minuten vor eins diskret auf die Uhr schauen. Es sind noch 3 Minuten bis 13.<sup>00</sup> Uhr, bis es läuten würde. Alle waren hellwach dabei und sie haben den Lehrer um 13.<sup>00</sup> Uhr nicht losgelassen. Ich sage es Ihnen, und es war nicht getürkt, sondern ich habe dem Schulleiterkollegen gesagt, ich würde mir das gerne anschauen. Sein Ministerium hat gesagt, keine Probleme, und das war dann der ganz normale Stundenplan. Das war keine Schaustunde. Da muss man sagen, das war toll. Solche Schüler hätte ich in meinen Geschichtsstunden mal auch ganz gerne.

Schauen Sie sich das an, wenn sie persönliche Zweifel daran haben, ob so etwas geht. Und wenn Sie dann in eine solche Schule kommen, die das dort seit über 10 Jahren praktiziert, erübrigen sich die ganzen übrigen Fragen, die sich stellen. Es laufen dann auch keine Kinder mit dem G8-Schild durch das Haus und die anderen mit dem Schild G9. Nein, das Schulleben funktioniert.

Wenn die Schüler frisch anfangen, werden sie vielleicht das erste Halbjahr noch schief angeschaut. Die Klassenlehrerin einer solchen Klasse, in diesem Fall aus Baden-Württemberg hat mir gesagt, nachdem sie von den Nachbarklassen immer so angeguckt worden waren, haben sie dann mal ein Schild an die Türe gehängt, „Kein Zoo“, und dann hat sich es wieder gegeben. Aber nach einem Jahr ist das rum. Also das zeigt sich in der Praxis, dass man sich solche Bedenken vorstellen kann, halte ich nicht für schlecht. Nur meine ich, sollte man sich dann von denen, die das lange praktizieren, eines Besseren belehren lassen.

Ich darf ein Letztes sagen. Ich bin selbst dabei, das für meine Schule einzuführen. Gesamtlehrerkonferenz und Elternbeirat haben schon mit Zwei/Drittel-Mehrheit zugestimmt. Morgen früh, erste Stunde tagt die Schulkonferenz, die drei Elternvertreter legen Wert darauf, dass das in einer für sie machbaren Zeit liegt, und ich kann meine Schüler, die ja dazu kommen, nicht unbedingt dort hinschicken, wo die im aktiven Leben stehenden Eltern gut könnten, nämlich abends um 19.<sup>00</sup> Uhr. Also gehen wir in die erste Stunde, das hat den großen Vorteil, dass es nach 45 Minuten auch rum sein muss. Das geht auch.

Bei uns ist die Schulkonferenz zusammengesetzt aus 6 Lehrern, 3 Eltern, 3 Schülern zuzüglich dem Schulleiter. Die 6 Lehrer haben darüber schon in einem pädagogischen Tag und 2 Konferenzen debattiert. Die haben keinen großen Bedarf mehr; der Elternbeirat hat einen ganzen Abend darüber debattiert; mit den Schülersprechern, d.h., genau genommen mit der SMV, habe ich jahrgangsweise die Sache auch durchgesprochen. D.h., im Prinzip müsste das glatt gehen.

Also Fazit: Ich glaube, es gibt ermutigende Erfahrungen mit diesem Modell. Und wenn Sie mir dieses persönliche Votum abnehmen. Ich bin ein großer Befürworter dessen, dass man mit einigen Schülern am Gymnasium schneller fährt. Ich bin strikt dagegen, dass man es für alle macht, weil ich nicht der Meinung bin, dass die Schüler, die wir am Gymnasium haben - und ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendjemand vorhat, aus den 30% jetzt plötzlich 12% zu machen -, mit denen sollte man nicht generell ein Jahr verkürzen.

Und wenn ich dieser Meinung bin, bleibt mir nichts anderes übrig, als einem Modell G8 neben G9 das Wort zu reden und zu sagen, ich möchte das zum Erfolg bringen, denn wenn Sie die politische Landschaft beobachten, kann man klar sagen, wenn G8 neben G9 nicht funktioniert, glaube ich nicht, dass wir zurückkehren, für alle G9 zu machen, sondern dann sind wir sehr schnell beim Saarland und nicht beim alten Modell. Von daher habe ich persönlich ein großes Interesse daran, das Modell zum Laufen zu bringen. Und wenn Sie versuchen, Ihr Modell günstig zu entwickeln und es dann vernünftig zum Laufen zu bringen, dann können wir ja versuchen, dass wir für das Gros unserer Schüler die 9 Jahre erhalten und das wäre ein Gewinn.

Danke schön.

*Fazit:  
es gibt ermutigende  
Erfahrungen mit diesem  
Modell*

*Wenn G8 nicht gelingt, dann  
sind alle Alternativen  
ungünstiger*

## **Aussprache zur Rede von OStD Martin Fischer**

*Fr. Dr. Berg-Ehlers*

Es gab einige Aspekte in Ihrem Vortrag, bei denen wir den Eindruck hatten, dass manches unten im „Ländle“ doch anders ist als bei uns. Wenn ich so die Blicke schweifen lasse und einige ernste Dezernentengesichter sehe. 1. Stunde Schulkonferenz, das würden sie beanstanden. Gut, ich habe daraus geschlossen, man muss es so machen, dass es keiner merkt, das ist also schon mal ein wichtiger Ratschlag.

Zu dem Problembereich 12 Jahre vielleicht noch ein kurzer Hinweis. Ich gebe zu, das ist mein Hobby, aber ich habe auch da natürlich in alten Erlassen geblättert und bereits ein preußischer Erlass von 1837 sagt, es ist ziemlich egal ob 8 oder 9 Jahre, wenn Leute begabt sind, dann sollen sie es gefällig in 8 Jahren schaffen.

*Herr Bollmann, Städt.  
Gymnasium Löhne*

*Klassenstärken*

Ich habe mal Frage zu den Klassenstärken. Ich fände es den G9ern ja gegenüber unfair, wenn die G8er also in Luxusklassen mit 20 Schülern wären und die G9er immer in 30er Klassen wären. Das beeinflusst ja nun ganz eminent die Lernchancen der einzelnen Schülerinnen und Schüler. Haben Sie in diesen Ländern, in denen das durchgeführt wird, Erfahrungen darüber, was die Klassenfrequenzen von G9 und G8-Zügen angeht?

*Herr Fischer*

Das ist eine Frage nach den Fakten. Das kann man relativ glatt beantworten. Baden-Württemberg hat mit seinen 63 Gymnasien gezählt, da kommt eine Durchschnittsgröße bei den G8-Zügen von etwa 24 Schülerinnen und Schüler zustande. Für die übrigen gilt als Durchschnitt etwa 28. Es ist eine Differenz, aber sie liegt nicht in dem Bereich 20 zu 30. Das wäre unerträglich. Aber ich muss sagen, das muss man ertragen, denn das kommt ja auch sonst gelegentlich mal vor.

*Pater Michael, Gymnasium  
der Benediktiner Meschede*

Es ist gut, dass ich diese Frage noch einmal stellen kann, auch auf dem Hintergrund der Vorträge von heute Morgen. Ich kann einfach nicht einsehen, warum Begabtenförderung mit einer Verkürzung der Schulzeit immer gekoppelt wird. Warum das also so sein muss: „Weil du begabt bist, musst du jetzt in 12 Jahren deine Schulzeit beenden.“

*Warum Koppelung zwischen  
Begabtenförderung und  
Schulzeitverkürzung*

Diese Koppelung scheint eine politische zu sein. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, dass wir eine Begabtenförderung auf eine ganz andere Art und Weise machen würden. Würde es die Möglichkeit geben, außerhalb des normalen Unterrichts die Begabten weiter zu fördern, ihnen möglicherweise Auslandsaufenthalte zu genehmigen, die aber

nicht nur so wegfahren, sondern wo es auch deutlich und konkret um Lernen gehen könnte.

Wenn das aber der Fall ist, dass wir auch eine G9 mit Begabten haben werden, weil sie die Verkürzung nicht wollen, weil sie sagen, ich möchte diese Schulzeit in diesem Sinne der weiteren Förderung nutzen, wenn denn Förderprogramme da sind, dann würden die G8-Klassen noch kleiner. Dann würde sich diese Zahl ja noch einmal wieder verändern, das wollte ich zu heute Morgen sagen.

Zur Praxis noch einmal. Wie ist das denn? Ist es in Baden-Württemberg verboten, in einer G9-Klasse zu sein, obwohl man hochbegabt ist und sagt, ich möchte mir Zeit lassen?

Wenn es nicht verboten ist, dann fragt man sich, wie das Problem dann gelöst wird, was Sie eben angesprochen haben, dass dann doch einer da ist oder zwei oder drei, die nach dem ersten Satz schon wissen, was der Lehrer sagen will.

Das lässt sich relativ rasch beantworten. Es ist klar, es gilt die Grundregel, wer kann und will. Wenn das „und will“ nicht dazu kommt, dann bleibt er natürlich im Normalzug. Und das Zweite, was Sie fordern, ist das, was man Enrichment nennt. Solche Modelle gibt es in Baden-Württemberg seit vielen Jahren. Das sind Kurse für besonders begabte Schüler. Wir verwenden bei uns an der Schule 3 Stunden, das ist bezogen auf die 1.100 Unterrichtsstunden, die an der Schule sind, nicht sehr viel, aber für die, die daran teilnehmen, ist es hochinteressant. Das machen wir regional. Aber es ist Ihnen auch klar, in der Breite kann das derzeit zusätzlich zum andern, was läuft, vermutlich keiner so richtig finanzieren. Schön wär's, keine Frage.

*Herr Fischer*

Es ist doch wichtig, dass Schulzeit, Universitätsausbildung, Referendarausbildung in ihrer Dauer zusammen überdacht wird. Wir wissen, das haben wir heute früh gehört, und wir wissen es auch so, dass wir viel zu spät in den Beruf eintreten. Mit 28, 29, 30 Jahren kommen unsere in den Beruf hinein. Das ist zu spät. Ich denke also ergänzend - nicht unbedingt im Widerspruch zu Pater Michael -, dass man das sehr wohl offen lassen muss, dass aber die Straffung 8 oder 9 in dieser Kombination sehr wohl von Vorteil sein kann.

*Herr Fritz, Brilon  
Der Berufseinstieg ist zu  
spät*

Aber etwas anderes in diesem Zusammenhang sollten wir nicht vergessen, sie haben einige Dinge genannt, die gestrafft werden könnten. Da fehlte mir das lange Universitätsstudium unserer autonomen Alma-Maters, die können letztlich machen, was sie wollen. 8 Semester Regelzeit werden nie eingehalten. 10 Semester, 12 Semester und zwei weitere Jahre, das sind 2 Jahre zuviel. Und ein Letztes, auch da werde ich vielleicht keine Zustimmung finden. Auch unsere Referendarzeit ist mit 2 Jahren zu lang. Sie ist ja auch gar nicht 2 Jahre, denn sie werden bereits im Oktober fertig und werden dann im Grunde nur noch für 3 Monate an der Schule gehalten. 18 Monate Referendarzeit, 4 Jahre Universitätsstudium und im Gymnasium kann man dann darüber nach-

*Auch das tertiäre System  
muss sich straffen*

denken. Aber nicht erst am Gymnasium kürzen, und da oben wird lange studiert.

*Herr Rollke, Städt.  
Gymnasium Sundern*

*Auslandsaufenthalt in 11*

Ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler, die bei uns besonders begabt sind, gehen in der Jgst. 11 ein Jahr in die USA. Die würden uns nachher fehlen, oder gibt es nachher für diese Schülerinnen und Schüler keine Möglichkeit, mehr 1 Jahr wegzugehen, um nachher dann in die 12 einzusteigen?

*Herr Fischer*

*Jgst 11 in NRW ist nicht  
gleich Jgst 11 in anderen  
Bundesländern*

Da können wir direkt drauf antworten. Wenn ich nordrhein-westfälische Schule von außen betrachte, entsteht bei mir in vielen Jahren der Eindruck, dass bei Ihnen in der 11. Klasse nicht ganz soviel zustande kommt, wie in anderen Ländern möglich ist.

Wenn Sie sich dran entsinnen, es ist 10 oder 12 Jahre her, da hat Herr Heesen, den Sie ja alle gut kennen, hier im Land versucht, auf die Weise ein schnelleres Gymnasium zu propagieren, weil er den Eindruck hatte, die 11. Klasse kann man auch weglassen. Das ist aber nicht in allen Ländern so. In Baden-Württemberg ist die 11. Klasse die große Hürde. Wer da durchgekommen ist, besteht hinterher in aller Regel das Abitur. Es sei denn, er hat persönlich irgendwelche Einbrüche, die aber selten vorkommen. Dort wird sehr viel verlangt. Und dennoch haben wir Schüler, die in der Zeit ins Ausland gehen, allerdings nicht ganz in der Breite.

*Seiteneinsteiger in die SII*

Das hat hier im Land, meinem Eindruck nach, etwas damit zu tun, dass Sie sehr viele Seiteneinsteiger aus der Realschule haben, die in anderen Ländern, z.B. Baden-Württemberg, alle in die beruflichen Gymnasien gehen. Die kommen nicht ans allgemeinbildende Gymnasium, infolgedessen brauchen wir auf die im Tempo der Klasse 11 erster Schultag nicht Rücksicht zu nehmen, sondern da sitzen die, die in 10 auch schon da waren, vermindert um die, die ausgeschieden sind. D.h., wenn es gut gegangen ist, fehlen die unteren 15 %. Dann geht es mit denen etwas rascher weiter. Und das macht natürlich einen Unterschied.

*Auslandsaufenthalte*

Ich bin der Meinung, dass auch derjenige, der die Zeit von Klasse 5 bis zum Beginn der SII jetzt in 5 Jahren machen soll, ein halbes Jahr nach Amerika gehen kann. Vielleicht muss er nicht ein ganzes gehen. Da kriegt er genügend mit. Meine beiden Kinder haben das so gemacht. Und ich muss sagen, das reichte, um zu sagen, denen bereitet Englisch keine Probleme mehr. Der ältere studiert Chemie und selbstverständlich ist die Chemievorlesung an der ETH Zürich in Englisch und sein Professor ist Amerikaner und redet mit seinem Assistenten selbstverständlich Englisch. Ein bisschen schweizerdeutsch kann er auch noch. Das ist ganz klar, wir können heute keine Jugendlichen mehr in anspruchsvolle Ausbildungsvorgänge hineinlassen, die diese Sprache nicht beherrschen. Und da ist sicherlich der finanziell gelegentlich recht aufwendige Weg, zu sagen, man gehe ein Jahr oder ein halbes nach



Amerika oder ins englischsprachige Ausland, schon eine schöne Sache. Es wäre ganz toll, aber für alle wird das nie gehen.

Aber da wir ja als Schulleiter und Schulleiterinnen wahrscheinlich gehalten sein werden, auch neue Curricula zu entwickeln, für die dann jeweils anstehenden verkürzten Schullaufbahnen, werden sicherlich auch die Bezirksregierungen ihrerseits Überlegungen anstellen, wie man dann das, was eben angesprochen wurde, dennoch auch in diese verkürzte Zeit mit unterbringen kann. Aus Rheinland-Pfalz ist bekannt, dass da bei entsprechender Verkürzung und Auslandsaufenthalt durchaus noch kürzere Schullaufbahnen möglich sind, etwa 11,5 Jahre. Es ist im Prinzip fast alles möglich.

*Frau Dr. Berg-Ehlers*

*Neue Curricula*

Ja gut, Rheinland-Pfalz ist klar, Rheinland-Pfalz führt flächendeckend mit dem Abitur 2002, Ende März, dies in Versuchen für alle Schulen ein. Infolgedessen haben diejenigen, die den Schnellzug durchlaufen, nur noch 11,5 Jahre.

*Herr Fischer*

Ich komme nun aus der Nähe der Schweizer Grenze, und in der kleinen Schweiz gibt es ja 26 Kantone und Halbkantone und jeder Kanton hat eine eigene Schulzeitregelung, dort gibt es 12, 12,5 und 13 quer durchs ganze Land. Und mein Kollege, Vorsitzender der Schweizer Direktoren, sagt mir, dass macht uns keine Probleme. Die Schweiz erträgt das. Das macht keine Probleme beim Eingang in das Studium. Es funktioniert. Wobei man allerdings zugeben muss, dass die in einigen Kantonen dann nur 10% Übergänger haben und nicht wie bei uns an die 30 % Hochschulzugangsberechtigte. Da ist die Schweiz in manchen Dingen noch ein bisschen sehr konservativ. Aber da sie, wie Sie an TIMSS gemerkt haben, in der Mathematik mit denen ganz gut arbeiten, sind sie durchaus fähig, sich im internationalen Wettbewerb ordentlich zu halten. Ich meine, das ist eine Frage, die wir generell bei uns stellen müssen, ob wir die Unterschiede, die das föderale System mit sich bringt, leichter ertragen als bisher, oder ob wir mehr auf Gleichheit drängen. Aber da kommen wir fast in eine philosophische Größenordnung und das lassen wir.

Wenn Sie 24 Schüler für eine G8-Klasse brauchen, welche Größe spielt denn der Jahrgang? Ist das für ein 3-zügiges Gymnasium schwieriger als für ein 5-zügiges?

*Herr Gödde, Gymnasium  
Schloß Neuhaus Paderborn*

Wenn in den Jahrgängen G9 und G8 beides Mal Hochbegabte sitzen, wie wir eben gehört haben, die ja wohl können, aber nicht springen wollen, wie ist es denn mit der Notengebung in den beiden verschiedenen Zügen? Gibt es da gar keine Schwierigkeiten, schöpfen sie da immer 1 – 6 aus oder haben Sie Noten reserviert, die irgendwie nicht genommen werden?

*Jahrgangsgößen und  
Gaussche Kurve bei den  
Noten*

*Herr Fischer*

Mit Notengeben habe ich da noch keine Erfahrung, das kommt noch. Aber ich habe Ihnen vorher gesagt, dass ich mir nur vorstellen kann, dass im G8-Zug mehr verlangt wird, als im G9-Zug. Also am Ende einer 6. Klasse muss einer im G8-Zug in Englisch mehr können als im G9-Zug. Und wenn er mehr können muss, heißt das, die Arbeit muss anspruchsvoller sein. Es kann nicht anders sein und natürlich wird es schwierig sein, Schülern, die sehr gut sind, bisher gewohnt waren, nur Einser oder Zweier zu haben, klar zu machen, dass Zwei, Drei auch noch eine Note ist.

*Die Notenskala gilt auch für G8*

Aber da muss man sagen, im Prinzip muss für beide die gleiche Notenskala gelten. Die eigentliche Hürde, um die es hinterher geht, heißt, es kommen am Schluss im Kurssystem beide in die gleichen Kurse und sie machen in Baden-Württemberg in dem Fall hinterher Zentralabitur und haben sowieso landeseinheitliche Aufgaben, dann sieht man es.

*Höherer Anteil von Spitzenleistungen im Abitur bei G8*

Rheinland-Pfalz hat das untersucht, da gibt es eine dicke Broschüre aus 15jähriger Erfahrung, wie denn die Schüler, die aus beiden Zweigen kommen, abschneiden. Das ist weit jenseits aller Zufallsgegebenheiten und da kann man klar sagen, Schüler die aus dem G8-Zweig kommen schneiden im Abitur im Prinzip besser ab, als die anderen. Aber es ist nicht so, dass sämtliche Spitzenplätze im Abitur besetzt sind mit ehemaligen G8-Schülern. Es gibt sie auch aus den anderen, aber aus den G8-Zügen sind sie häufiger.

*Chancen müssen genutzt werden im Interesse der begabten Schüler*

Und das Zweite muss man sagen, der hochbegabte Schüler der in G9 verbleibt, hat es so lange gut, wie er aus einem gebildeten Elternhaus kommt, und das Elternhaus kompensiert. Wenn zu Hause die Bücherwand steht und die Eltern reden mit dem Kind über das, was es liest, und schieben ihm mal was hin, dann ist das etwas, was gut kompensiert. Und wenn man ein solches Kind dann ein Instrument lernen lässt und es steckt da viel Zeit hinein usw., ist sehr viel geleistet. Aber die Schule muss sich ja um die anderen kümmern, bei denen das nicht der Fall ist. Und da vergeuden wir vorhandene Kapazitäten, wenn wir denen zumuten, dass sie immer langsam, d.h., genau genommen bei den Langsamen sitzen bleiben müssen, und die Chancen, die in ihrem Kopfe stecken, nicht ausschöpfen können. Und das finde ich furchtbar. Schüler, die man langweilt, das ist ein Verbrechen der Lehrer und es ist dann kein Verbrechen, wenn die Lehrer gezwungen werden, die in ihrem Schulsystem zu halten, also muss man es öffnen

Was die Schülerzahl 24 angeht. Ich wollte Sie nicht neidisch machen. Unsere Schmerzgrenze nach unten heißt derzeit 16. Aber ich sage Ihnen offen, der Landesschnitt liegt derzeit bei 24. D.h., es gibt auch Schulen, die voll laufen bei 30. Das Deutsch-Französische Gymnasium in Freiburg bekommt 90 Anmeldungen, hat einen Numerus clausus bei 60, nimmt die Leistungsstärksten bis zur Zahl 60, füllt 2 volle Klassen, weil sie eben 2 französische Klassen führt in dem Modell. Also es gibt von beidem. Ich würde es als furchtbar ansehen, wenn an meiner Schule dort nur 18 säßen, weil ich die Spannung zwischen den 18 und den 29 auch als sehr herb empfände.

Ich glaube, Herr Fischer war jetzt dabei, unsere Schmerzgrenze auszuloten, was unser Neidpotential noch gerade ertragen könnte. Sie haben immer von Zügen und von Schnellzügen gesprochen, Herr Fischer. Ihr Zug geht gleich, und es wird ein schneller sein, und deshalb darf ich an dieser Stelle Ihnen sehr schnell, aber sehr, sehr herzlich für Ihr Referat danken.

*Fr. Dr. Berg-Ehlers*

**Handout**

**Handout für die Jahrestagung**  
der  
**Westfälischen Direktorenvereinigung**  
am 5. Dezember 2000 in Hamm

Zum Abitur in 12 Jahren - gleiches Ziel, verschiedene Wege

**Martin Fischer Vorsitzender der Bundesvereinigung der  
Oberstudiendirektoren**

**Vorbemerkungen:**

1. Schulzeit ist nur ein Teilaspekt einer insgesamt zu langen Ausbildungszeit unserer Führungskräfte. Frühere Einschulung -- im Durchschnitt einige Monate, rasche Aufnahme des Studiums nach dem Abitur können erhebliche Verkürzung bewirken.
2. Länder haben sehr unterschiedliche Regelungen für die Aufnahme in Klasse 5 und in Klasse 11. Es kann kaum erwartet werden, dass ein Land sein gesamtes System umstellt, nur um einige Klassen mit Abitur nach 8 Jahren (= G 8, oder Schnellzug) einzurichten.

**A. Nur G 8**

Thüringen und Sachsen haben sich durch nichts beirren lassen, sie machen nach 8 Jahren Abitur. Allerdings brauchen die Seiteneinsteiger aus der Realschule ein Jahr länger, denn die Oberstufe dauert für alle 3 Jahre. Bei der Gründung der Gymnasien 1991 bzw. 1992 gab es zunächst unsinnig große Übergangsquoten von ca. 50% im Durchschnitt. Unterdessen hat sich das Verhältnis wieder auf dem üblichen Drittel eingependelt. Von Schwierigkeiten beim Unterricht in den 8 Jahren oder beim anschließenden Studium ist nichts bekannt. Es gilt die Behauptung, es gehe eben. Das Saarland führt G 8 für alle ab dem kommenden Schuljahr ein.

**B. G 8 neben G 9**

- Ø Rheinland-Pfalz an 15 Gymnasien z.T. seit 15 Jahren
- Ø Baden-Württemberg an 63 Gymnasien (jedem 6.) in der Regel seit 4 Jahren
- Ø In anderen Ländern derzeit allenfalls einzelne Versuche.

**C. Problembereiche**

1. Auswahl der Schüler

Steuerung durch Lehrer oder Eltern. Gilt die Formel „wer kann und will“, oder heißt es, „wer will, der kann“

- These: 1. Wenn der Einfluss der Eltern bei der Aufnahme zu groß ist, muss die Schule eine bald wirksame Korrekturmöglichkeit haben. Querversetzung von G 8 nach G 9 ohne Zeitverlust.
- These 2 Wenn der Übergang aus Klasse 4 lehrergesteuert ist, kann G 8 bereits in Klasse 5 beginnen. Dort, wo die Entscheidung der Eltern dominiert, ist ein Beginn ab Klasse 6 oder 7 vorzuziehen, wobei die Lehrer des Gymnasiums über das „Können“ entscheiden.
- These 3 Geeignet für den Schnellzug sind Hochbegabte und Hochleistende.

## 2. Organisation

Wenn G 8 neben G 9 besteht, muss entschieden werden, welche Klasse übersprungen wird. In Rheinland-Pfalz ist dies die 9. Klasse, in Baden-Württemberg die 6.

Später einsetzende Fächer können von der Verkürzung ausgenommen werden, indem man sie ein Jahr vorzieht, z.B. Beginn der zweiten Fremdsprache bereits in Klasse 6.

Gibt es zusätzliche Stunden für das ausgefallene Jahr? In Rheinland-Pfalz keine, in BW 12, die von der Schule nach ihren Vorstellungen auf die 6 Jahre bis zum Eintritt in die Oberstufe verteilt werden.

In beiden Ländern werden G 8- und G 9 - Klassen im Kurssystem zusammengelegt.

Rheinland-Pfalz spart in 4 Schuljahren 1 Jahr ein, Baden-Württemberg in 7 Jahren eines.

## D. Weitere Aspekte in der Debatte

1. Fehlen die Spitzen in den G 9 -Klassen?  
Analogie zur Realschule, in der sich auch Spitzen herausbilden.
2. Was geschieht mit den Schülern, die im Verlauf von G 8 an ihre Grenzen stoßen?  
Querversetzung.
3. Wie wehrt man sich gegen falschen Ehrgeiz mancher Eltern, die ihre Kinder überfordern?  
Strengere Bewertung in G 8 als in G 9. Keine falsche Rücksicht auf Klassenstärke. Hoffnung auf längerfristige Wirkung.
4. Welche Lehrer können in G 8 unterrichten? Alle, die man auch in Klasse 5 einsetzen würde, also keine Problemlerher.

5. Wie bereitet man ein Kollegium vor?

Der schnellere Durchgang kann nicht einfach durch schnelleres Sprechen und mehr Hausaufgaben erreicht werden. Die Schüler brauchen spezifische Lerntechniken, die nicht nur von einem Lehrer nahe gebracht werden, sondern von den in diesen G 8 Klassen unterrichtenden Lehrern. Diese müssen vielleicht mehr kooperieren, als sie es gewohnt sind. Dies könnte einen Anstoß dafür geben, auch in den G 9 - Klassen einiges zu verbessern.

### **E. Persönliche Erfahrungen**

Ermutigende Beobachtungen in rheinland-pfälzischen Versuchsschulen. G 8 neben G 9 funktioniert gut.

An der eigenen Schule soll das Modell aus Baden-Württemberg ab 2001 eingeführt werden.

Gesamtlehrerkonferenz und Elternbeirat haben bereits zugestimmt.

Wünsche für ein gutes Modell NRW und ermutigende Erfahrungen.

Meine Damen und Herren, Sie sind herzlich eingeladen, nicht mit Herr Fischer davon zu ziehen, der Zug fasst Sie gar nicht alle. Bitte bleiben Sie uns noch ein wenig erhalten und helfen Sie uns noch bei den nächsten beiden Tagesordnungspunkten, zunächst bei den Regularien. Ich möchte zunächst den Kassierer bitten, Herr Brass, uns die entscheidenden Zahlen bitte vorzutragen. Herr Brass.

## **Formalia**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, dass die Regularien Sie nicht allzu sehr vom Davongehen abhalten. Ich habe Ihnen den Geschäftsbericht hier vorne ausgedruckt hingelegt, deswegen kann ich Ihnen die Summen der Zusammenfassungen gerundet auf 100 kurz geben.

*Herr Brass.  
Geschäftsbericht*

Wir haben etwa 100,-- DM Kontokosten

Die Vorstandsauslagen waren 1.900,-- DM

Die Jahrestagung im letzten Jahr hat 1.900,-- DM gekostet

Der Jahresbeitrag für die Bundesdirektorenvereinigung war 1.800,-- DM

Die Tagungsbroschüre, die wir versenden, hat insgesamt 4.700,-- DM gekostet, so dass wir

Ausgaben von 10.500,-- DM hatten.

Die Einnahmen betragen ca. 9.000,-- DM, so dass wir jetzt einen Bestand von knapp 9.000,-- DM haben. Vorher war der Bestand bei 10.500,-- DM, also diesmal ist der Bestand ein wenig zurückgegangen, aber ich denke, bei diesen hohen Beständen kann man damit leben.

Das zu meinem Kassenbericht. Haben Sie dazu Fragen? Danke, ich sehe, das ist nicht der Fall. Die Kassenprüfung hat stattgefunden, die Kassenprüfer Herr Kranzmann und Herr Dr. Walaschewski sind nicht mehr anwesend. Ich lese Ihnen die Zahlen mal vor. Die Kasse ist am **28.11.2000** geprüft worden, die Kassenführung war übersichtlich, Rechnungen und Belege wurden stichprobenartig erfasst und waren vollständig. Die Überprüfung der Kasse und der Kassenführung gibt zu keinerlei Beanstandungen Anlass. Wir stellen den Antrag auf Entlastung des Kassierers. D.h., also der Entlastungsantrag ist von den Kassenprüfern gestellt.

Ja, der Antrag ist gestellt worden in absentia, aber schriftlich. Gibt es jemanden, der diesem Antrag auf Entlastung nicht zustimmen kann, dann bitte ich um das Handzeichen. Ich stelle fest, das ist nicht der Fall, damit ist dem Vorstand Entlastung gewährt worden.

*Frau Dr. Berg-Ehlers:*

Anschließend fanden die Wahlen zum Vorstand statt.

Frau Dr. Berg-Ehlers wurde als 1. Vorsitzende, Herr Dr. Offermanns wurde als 2. Vorsitzender einstimmig wieder gewählt.

Zum TOP Verschiedenes gab es keine Wortmeldungen.

Frau Dr. Berg-Ehlers schließt die Versammlung, indem sie den Kolleginnen und Kollegen dankt und einen guten Heimweg wünscht.